

## **Betriebsrätebefragung 2010**

Schwerpunkt:

Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die regionale Wirtschaft und die Beschäftigung im Land Bremen

*Ausschuss Wirtschaft, Arbeit und Soziales der  
Arbeitnehmerkammer Bremen*

Bremen, im März 2010

**Ansprechpartner:**

Jan Erik Farke  
Arbeitnehmerkammer Bremen  
Referent für Wirtschaftspolitik  
Bürgerstraße 1  
28195 Bremen

Mail: [farke@arbeitnehmerkammer.de](mailto:farke@arbeitnehmerkammer.de)

Tel.: 0421/36301- 977

Fax: 0421/36301- 995

---

## Inhalt:

<b>Zusammenfassung</b>	<b>3</b>
<b>1. Einleitung</b>	<b>6</b>
1.1 Die Betriebsrätebefragung 2010 der Arbeitnehmerkammer Bremen	7
1.1.1 Befragungsmethode und -umfang	8
1.1.2 Befragungsrücklauf und Profil der befragten Unternehmen	8
<b>2. Erster Themenblock: Konjunktur- und Beschäftigungsentwicklung</b>	<b>11</b>
2.1 Konjunkturentwicklung in Deutschland und im Land Bremen	11
2.2 Geschäftslage der Bremer Unternehmen	13
2.3 Standortaussichten der Bremer Unternehmen	15
2.4 Beschäftigungsentwicklung	16
2.4.1 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung	16
2.4.2 Entwicklung der Auftragseingänge und der Beschäftigung in der Industrie	17
2.4.3 Beschäftigungsentwicklung in den Bremer Unternehmen	19
2.5 Entwicklung der Leiharbeit in den bremischen Unternehmen	21
2.5.1 Umfang, Funktion und Auswirkungen der Leiharbeit	22
<b>3. Zweiter Themenblock: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise</b>	<b>27</b>
3.1 Kurzarbeit in Deutschland und im Land Bremen	27
3.1.1 Aktuelle Kurzarbeit in Deutschland	28
3.1.2 Kurzarbeit in bremischen Unternehmen	29
3.2 Betriebliche Maßnahmen als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise	32
3.2.1 Umgesetzte Maßnahmen zur Krisenintervention	32
3.2.2 Geplante Maßnahmen zur Krisenintervention	34
3.3 Betriebsratsarbeit in der Wirtschafts- und Finanzkrise	35
<b>4. Dritter Themenblock: Beratungsbedarf und Handlungsempfehlungen der Betriebsräte</b>	<b>37</b>
4.1 Aktuelle Themen der Betriebsratsarbeit	37
4.2 Beratungsbedarf der Betriebsräte	39
4.3 Bewertung der politischen Krisenintervention	40
4.4 Handlungsempfehlungen der Betriebsräte	42
<b>5. Zusammenfassung und Fazit</b>	<b>44</b>
<b>6. Methodische Hinweise</b>	<b>48</b>

## Zusammenfassung: Die wichtigsten Ergebnisse der Betriebsrätebefragung im Überblick

### **Geschäftslage:**

Die sich derzeit abzeichnende konjunkturelle Erholung der deutschen Wirtschaft spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Bremer Betriebsrätebefragung wider. Dennoch bleibt die wirtschaftliche Lage den Studienergebnissen zufolge für viele Bremer Betriebe weiterhin angespannt:

- » 24 Prozent der Betriebsräte bezeichnen die aktuelle wirtschaftliche Lage ihres Betriebes als „gut“, rund 50 Prozent zumindest als „befriedigend“. 25 Prozent der Betriebsräte bewerten die derzeitige Geschäftslage ihres Betriebes als „schlecht“ (Stand: Februar 2010).
- » Fast 76 Prozent der Betriebsräte vermuten, dass sich die wirtschaftliche Lage ihres Betriebes im laufenden Jahr nicht weiter „verschlechtern“ (65,3 Prozent) wird oder erwarten sogar eine „günstigere Entwicklung“ (10,9 Prozent) in den kommenden 12 Monaten. Anlass zur Entwarnung besteht aber leider dennoch nicht: 23,1 Prozent der Betriebsräte befürchten eine weitere Eintrübung der Geschäftslage im Laufe des Jahres 2010.

### **Beschäftigung:**

Der deutsche Arbeitsmarkt erweist sich erfreulicherweise in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise, anders als vielfach prognostiziert, als erstaunlich robust. Dieser Trend findet in den Ergebnissen der Bremer Betriebsrätebefragung weitgehend Bestätigung. Insgesamt bleibt allerdings nach Experteneinschätzung die Lage für die Arbeitnehmer aber weiter angespannt. Zu befürchten steht, dass sich der Vorkrisentrend zur Substitution regulärer Beschäftigung durch prekäre Formen nach der Krise weiter fortsetzen könnte:

- » Die befragten Bremer Betriebe sind insgesamt relativ stark von der Krise betroffen. Dies zeigt sich auch anhand der Beschäftigungsentwicklung in den vergangenen 12 Monaten: 34,7 Prozent der Betriebsräte konstatierten für ihre Betriebe eine „Abnahme“ der Beschäftigtenzahlen, 42,9 Prozent sahen „keine wesentliche Veränderung“ im Vorjahresvergleich. In 17,7 Prozent der Betriebe nahm der Umfang der Beschäftigung sogar zu.
- » Vermutete Beschäftigungsentwicklung für das Jahr 2010: Über die Hälfte der Betriebsräte (55,1 Prozent) gehen für das gesamte Jahr 2010 von einem „gleichbleibenden Beschäftigungsumfang“ in ihren Betrieben aus, 12,9 Prozent sogar von einer „Zunahme“. Rund 28 Prozent der Betriebsräte befürchten hingegen aber einen „Beschäftigungsabbau“ in ihrem Betrieb noch in diesem Jahr.

- » *Der Umfang der Leiharbeit nahm in den letzten Jahren deutlich zu: Von den 73 Unternehmen (rund 50 Prozent der Betriebe) der Befragung, in denen sich Leiharbeiter im Einsatz befinden, verfügen rund 19 Prozent über eine unternehmenseigene Leiharbeitsfirma. In rund 33 Prozent der betroffenen Unternehmen werden nach Angaben der Betriebsräte bereits Leiharbeiter als regulärer Ersatz für die Stammbesetzung eingesetzt (Stand: Februar 2010).*
- » *Die Kurzarbeit spielt in den befragten Unternehmen aktuell nur eine untergeordnete Rolle: Lediglich in 25 von 147 befragten Betrieben wurde im Februar 2010 kurzgearbeitet. Allerdings befürchten 11 von diesen 25 Betrieben nach Auslaufen der Kurzarbeit einen Beschäftigungsabbau. Nur 8 Unternehmen nutzen die Kurzarbeit zur weiteren Qualifizierung der Beschäftigten.*

#### **Maßnahmen zur Krisenintervention in den Bremer Betrieben:**

Die Kurzarbeit stellt mit Sicherheit das in der Öffentlichkeit und in den Medien am stärksten wahrgenommene „Interventionsinstrument“ in der aktuellen Krise dar. In den Bremer Betrieben konzentrierten sich allerdings die Unternehmensstrategien häufig auch auf die direkte oder indirekte Reduzierung des Personalbestandes, auf Maßnahmen zur Arbeitsflexibilisierung und auf die Realisierung von Einsparpotenzialen.

- » *Die Bremer Unternehmen reagierten nach Angaben der befragten Betriebsräte bisher auf die Krise vor allem mit der „Nicht-Verlängerung von befristeten Arbeitsverhältnissen“ (24,5 Prozent), der „Nicht-Besetzung offener Stellen“ (23,8 Prozent), mit „betrieblicher Um- bzw. Versetzung“ (21,8 Prozent) und mit Maßnahmen zur Arbeitsflexibilisierung (Arbeitszeitverkürzung/Abbau von Arbeitszeitkonten: 19 Prozent; Kurzarbeit: 18,4 Prozent).*
- » *Rund 18 Prozent der befragten Bremer Betriebe mussten „betriebsbedingte Kündigungen“ aussprechen, 11,6 Prozent der Betriebe richteten Transfergesellschaften ein.*
- » *In 10,9 Prozent der befragten Betriebe wurden die „Löhne und Gehälter“ gekürzt, in 10,2 Prozent „betriebliche Sozialleistungen“ und in 9,5 Prozent „Fort- und Weiterbildungen“.*

### **Betriebsratsarbeit in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise:**

Das Informationsverhalten der Arbeitgeber gegenüber den Betriebsräten in den befragten Unternehmen lässt sich durchaus kritisch bewerten:

- » 36,1 Prozent der Betriebsräte bewerten das Informationsverhalten ihres Arbeitgebers in der aktuellen Krise als „schlecht“, 40,1 Prozent zumindest als „ausreichend“. 22,4 Prozent fühlen sich hingegen „gut“ informiert.
- » 33,3 Prozent der Betriebsräte bewerten die „Beachtung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte“ durch den Arbeitgeber als „schlecht“.
- » 18,4 Prozent der Betriebsräte bewerten die „Umsetzung und Einhaltung von Betriebsvereinbarungen“ durch den Arbeitgeber als „schlecht“.

### **Aktuelle Schwerpunkte der Betriebsratsarbeit:**

Die Krisenfolgen für die Arbeitnehmer zeigen sich deutlich in den aktuellen Schwerpunkten der Betriebsratsarbeit:

- » Themen rund um die „Arbeitszeit und -flexibilisierung“ (16,2 Prozent), den „Personalbestand“ (15,1 Prozent), „Lohn- und Gehaltsfragen“ (11,1 Prozent) sowie um die „Kurzarbeit“ (6,2 Prozent) und „Unternehmensumstrukturierungen“ (5,7 Prozent) sind bestimmend.

### **Handlungsempfehlungen der Betriebsräte:**

- » Neben Forderungen nach einer „Verlängerung der Kurzarbeit“, weiteren „Konjunkturprogrammen“ sowie höheren „öffentlichen Investitionen“ und der „Regulierung des Finanzsektors“ beziehen sich ein Großteil der Handlungsempfehlungen auf die Erosion der sozialversicherungspflichtigen und existenzsichernden Vollzeitbeschäftigung in den letzten Jahren: Zentral waren Forderungen nach „Lohnerhöhungen, Kaufkraftstärkung und Steuergerechtigkeit“ (11,3 Prozent), nach der „Verhinderung prekärer Beschäftigung“ (10,6 Prozent) und der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes (9,9 Prozent).
- » 8,5 Prozent der Betriebsräte halten verbesserte Förder- und Rahmenbedingungen für klein- und mittelständische Unternehmen für notwendig.

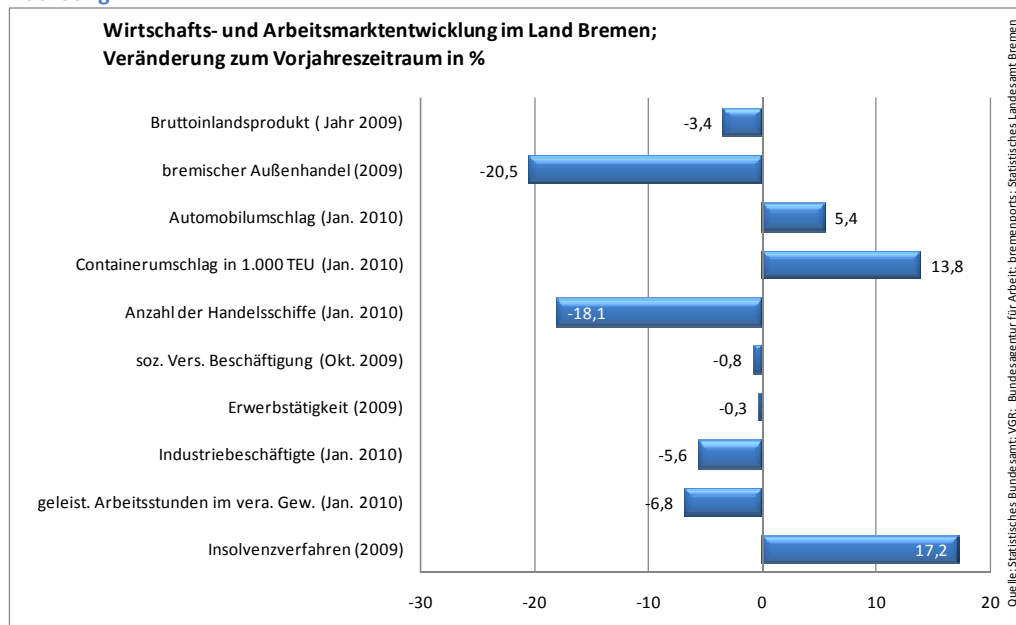
## Bremen in der Krise:

### Betriebsrätebefragung zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die regionale Wirtschaft und die Beschäftigung

#### 1. Einleitung

Im Jahr 2008 geriet die Weltwirtschaft gefährlich ins Straucheln. Was als Hypothekenkrise auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt begann, was die globale Finanzwirtschaft in atemberaubender Geschwindigkeit in ihren Grundfesten erschütterte, führte kurz darauf auch die Realwirtschaft an den Rand des Abgrundes. Nur durch das beherzte Eingreifen des Staates, durch aufwendige Rettungsprogramme für den Finanzsektor und durch milliardenschwere Konjunkturprogramme bisher unbekanntes Ausmaßes, konnte der völlige Zusammenbruch der Wirtschaft verhindert werden.

Abbildung 1



Nach dem schwersten Konjunkturreinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg beginnt die Wirtschaft sich derzeit langsam zu erholen und scheint – von einem deutlich niedrigeren Niveau aus – wieder auf einen Wachstumspfad zurückgekehrt zu sein. Von einem Ende der Krise kann aber dennoch nicht gesprochen werden: Neben unverkennbar zahlreichen positiv stimmenden Entwicklungen und Meldungen auch aus dem Bundesland Bremen (vgl. auch Abb. 1) häufen sich gleichzeitig auch die schlechten Nachrichten aus den regionalen Unternehmen: Während Kraft Foods laut neuesten Pressemeldungen beabsichtigt, rund 21 Millionen Euro in das Kaffeewerk Bremen-Hemelingen zu investieren, vernimmt man gleichzeitig Stellenstreichungspläne beim Bierbrauer InBev, beschlossene Entlassungen beim Logistiker Rhenus Midgard und auch insgesamt kommt der Güterumschlag in den bremischen Häfen nicht richtig in Fahrt – mit massiven negativen Folgen für die Hafentarbeiter.<sup>1</sup> Im Bundesländervergleich entwickelte sich das Land Bremen im Jahr 2009 zum (Negativ-) Spitzenreiter bei der Zunahme der Insolvenzverfahren: Innerhalb eines Jahres erhöhte sich die Anzahl der in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen

<sup>1</sup> BREMER SENAT (2010): Kraft Foods investiert 21 Millionen Euro in das Kaffeewerk Bremen-Hemelingen; Pressemitteilung vom 11.3.2010.

Unternehmen um +17,2 Prozent; rund 2.391 Beschäftigte waren davon betroffen. Aktuell haben wir es allem Anschein nach mit einer leichten konjunkturellen Erholung von einem niedrigen Niveau bei gleichzeitig sinkender Beschäftigung zu tun. Von einem selbsttragenden Aufschwung dürfte auch für das Jahr 2010 nicht die Rede sein.<sup>2</sup>

Deutschland wurde aufgrund der hohen Exportorientierung seiner Wirtschaft insgesamt deutlich stärker als andere europäische Länder von der globalen Krise und der nachlassenden weltweiten Nachfrage getroffen. Der deutsche Arbeitsmarkt zeigte sich aber in den letzten Monaten ungeachtet dessen erstaunlich robust: Vor allem durch die Kurzarbeit konnte bisher der von verschiedenen Forschungsinstituten prognostizierte Einbruch des Arbeitsmarktes und das Anschwellen der Arbeitslosenzahlen auf über vier Millionen verhindert werden. Aktuell droht die Wirtschaftskrise aber dennoch in ihre zweite Runde zu gehen: Während sich die Auftrags- und Umsatzlage der deutschen Unternehmen zunehmend verbessert, setzte sich der massive Stellenabbau in der deutschen Industrie auch im Januar 2010 weiter fort: Jeder 20. Job im verarbeitenden Gewerbe ging im Vergleich zum Vorjahr verloren; binnen eines Jahres sank nach den aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes die Zahl der Industriebeschäftigten in Deutschland nahezu erdrutschartig um rund 251.500 Personen: Damit waren im Januar 2010 – trotz bereits wieder steigender Auftragseingänge – in den Betrieben mit 50 und mehr Mitarbeitern rund 4,9 Prozent weniger Arbeitnehmer beschäftigt als noch vor einem Jahr.<sup>3</sup>

Die aktuellen, zum Teil widersprüchlichen Meldungen aus den Unternehmen und vom Arbeitsmarkt und die Stimmungsbarometer verschiedener Forschungsinstitute lassen keinen abschließenden Schluss darüber zu, welches Stadium der Krise wir aktuell erreicht haben: Haben wir das Schlimmste der Krise bereits ausgestanden und ist Deutschland aktuell bereits auf einen Wachstumskurs zurückgekehrt oder stehen uns die negativen Krisenfolgen vor allem im Bezug auf den Arbeitsmarkt noch bevor?

Die Arbeitnehmerkammer Bremen möchte mit der vorliegenden Betriebsrätebefragung einen Diskussionsbeitrag zum aktuellen Krisenstand leisten und notwendige Konsequenzen aus der aktuellen Krisenerfahrung aus Sicht der Betriebsräte vorstellen.

### **1.1 Die Betriebsrätebefragung 2010 der Arbeitnehmerkammer Bremen**

Die Arbeitnehmerkammer Bremen hat auf Initiative ihres Ausschusses „Wirtschaft, Arbeit und Soziales“ im Februar 2010 die vorliegende Betriebsrätebefragung durchgeführt: Neben der Einschätzung der aktuellen Geschäftslage und ihrer vermuteten Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten wurden – vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise – die konkreten betrieblichen Maßnahmen zur „Krisenbewältigung“ in den regionalen Betrieben erfasst. Im Mittelpunkt der Befragung standen zudem die Erhebung aktueller Beratungsbedarfe und Problemlagen der Betriebsräte sowie die Aufnahme politischer Handlungsempfehlungen aus Sicht der Arbeitnehmervertretungen.

Die Betriebsrätebefragung der Arbeitnehmerkammer Bremen ist als ein Instrument der Dauerbeobachtung angelegt. Ziel der in Zukunft jährlich stattfindenden Befragung der Kammer ist langfristig die kontinuierliche Bewertung der Wirtschaftslage aus Sicht der Arbeitnehmervertreter: Im

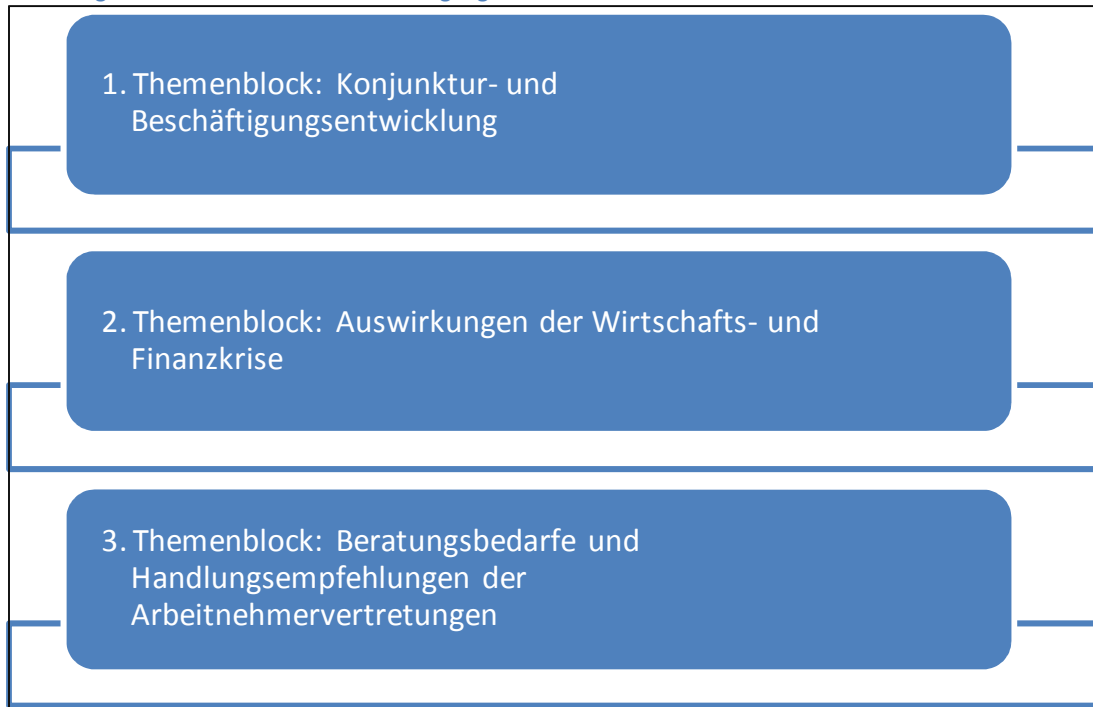
---

<sup>2</sup> Vgl. auch STATISTISCHES LANDESAMT BREMEN (2010): 2. Bremer Konjunkturgespräch ([http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/2\\_HB\\_Gespraech.pdf](http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/2_HB_Gespraech.pdf)).

<sup>3</sup> Vgl. auch ARBEITNEHMERKAMMER BREMEN (2010): Bremen in der Krise.

Zentrum sollen neben der Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Konjunktorentwicklung speziell die Aufnahme der konkreten Arbeitsumstände der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Identifizierung von Problemlagen der Beschäftigten im Land Bremen stehen.

Abbildung 2: Struktur der Betriebsrätebefragung



### 1.1.1 Befragungsmethode und -umfang

Die Befragung war als Vollerhebung aller Bremer Betriebsräte angelegt. Auf Basis der aktuellen Betriebsrätedatei der Arbeitnehmerkammer Bremen wurden 655 Betriebsräte in Bremen und Bremerhaven angeschrieben und um die schriftliche Beantwortung des beigelegten Fragebogens gebeten. Durch den Newsletter der Arbeitnehmerkammer Bremen und durch Artikel in der Kammerzeitschrift „Bremer Arbeitnehmer Magazin“ (BAM) wurde zusätzlich auf die Befragung aufmerksam gemacht sowie der Fragebogen als Download auf dem Internetauftritt der Arbeitnehmerkammer Bremen gestellt. Die Dauer der Befragung wurde auf zwei Wochen festgesetzt.

Der Fragebogen und die Auswahl der Themenblöcke wurden im Ausschuss „Wirtschaft, Arbeit und Soziales“ der Arbeitnehmerkammer Bremen erarbeitet. Ausschussmitglieder sind Experten verschiedener Bremer Gewerkschaften und der Arbeitnehmerkammer Bremen.

### 1.1.2 Befragungsrücklauf und Profil der befragten Unternehmen

Grundlage für die folgenden Auswertungen der Betriebsrätebefragung ist der Rücklauf von 147 gültigen Fragebögen. Damit ergibt sich eine Rücklaufquote von rund 23 Prozent.

Die ausgewertete Unternehmensstichprobe erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität: Allein durch die gemäß der gewählten Zielstellung der Studie bewusste Beschränkung auf ausschließlich „mitbestimmte Unternehmen“<sup>4</sup> ist die Repräsentativität von vorneherein als „eingeschränkt“ zu bewerten. Nichtsdestotrotz kann der vorliegenden Befragungsstichprobe Aussagekraft nicht abgesprochen werden: Die befragten Unternehmen verfügen nach Angaben der Betriebsräte an

<sup>4</sup> Anmerkungen: Betriebe, die über einen gewählten Betriebsrat verfügen.

den regionalen Standorten über knapp 40.000 Beschäftigte. Zum 30.6.2008 waren nach Angaben des Statistischen Landesamtes Bremen 284.952 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt.<sup>5</sup> Die Studie erfasst damit mit Einschränkungen rund 14 Prozent der in den einzelnen Branchen beschäftigten Arbeitnehmer im Land Bremen (vgl. Abb. 3).<sup>6</sup>

**Abbildung 3: Beschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten**

Wirtschaftsabschnitte (WZ 2003)	Anzahl der Beschäftigten in der Befragung	SvB nach Wirtschaftsabschnitten zum 30.6.2008	Erfassungsquote
Verarbeitendes Gewerbe	10.065	59.159	17,0
Baugewerbe	826	12.313	6,7
Handel	2.442	39.399	6,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	9.294	35.018	26,5
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1.521	8.636	17,6
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen	1.890	46.335	4,1
Sonstiges	13.446	84.127	16,0
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>39.484</b>	<b>284.987</b>	<b>13,9</b>

Abbildung 4 gibt Aufschluss über die Branchenzugehörigkeit der an der empirischen Erhebung teilnehmenden Unternehmen: Mit rund 28 Prozent stammen die meisten der befragten Betriebsräte aus der bremischen Industrie (verarbeitendes Gewerbe). Mit deutlichem Abstand folgen die Wirtschaftsbereiche „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (15,0 Prozent), „Handel“ (13,6 Prozent) und „Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen“ (10,2 Prozent). Rund 7,5 Prozent der befragten Unternehmen ordnen sich dem „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ beziehungsweise dem „Baugewerbe“ (5,4 Prozent) zu. Rund 20,4 Prozent der befragten Unternehmen konnten aufgrund fehlender Angaben nicht genauer spezifiziert und keiner der genannten Branchen zugeordnet werden. Der zum Teil geringe Klassenbesatz in den einzelnen Wirtschaftsabschnitten ermöglicht es lediglich, mit großer Vorsicht Aussagen über die Entwicklungen in den einzelnen Wirtschaftsabschnitten abzuleiten. Die Studie beschränkt sich daher weitgehend auf die zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse über alle Branchen; auf eine branchendifferenzierte Betrachtung und Auswertung wird hingegen weitgehend verzichtet. Lediglich an einigen Stellen werden die Ergebnisse der Befragung zur umfassenden Information nach Branchen aufgeschlüsselt dargestellt, allerdings ohne branchenspezifische Aussagen abzuleiten.

Die an der empirischen Erhebung teilnehmenden Betriebsräte sind bis auf wenige Ausnahmen in bremischen klein- und mittelständischen Unternehmen aktiv. Den Abbildungen 5 und 6 lassen sich zum einen die Verteilung der Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen entnehmen, zum anderen geben sie Auskunft über die Verteilung der rund 40.000 Beschäftigten der befragten Unternehmen auf die einzelnen Branchen. Mit rund 25 Prozent beziehungsweise 24 Prozent sind wieder vor allem die bremische Industrie und der Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ am stärksten vertreten.

<sup>5</sup> STATISTISCHES LANDESAMT BREMEN (2010): Statistisches Jahrbuch 2009.

<sup>6</sup> Erläuterung: In der Erhebung wurde nicht nach der Art der Beschäftigungsverhältnisse unterschieden. Damit umfassen die Angaben der Betriebsräte zur Beschäftigung unter Umständen auch Leiharbeitnehmer, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse usw.

Abbildung 4

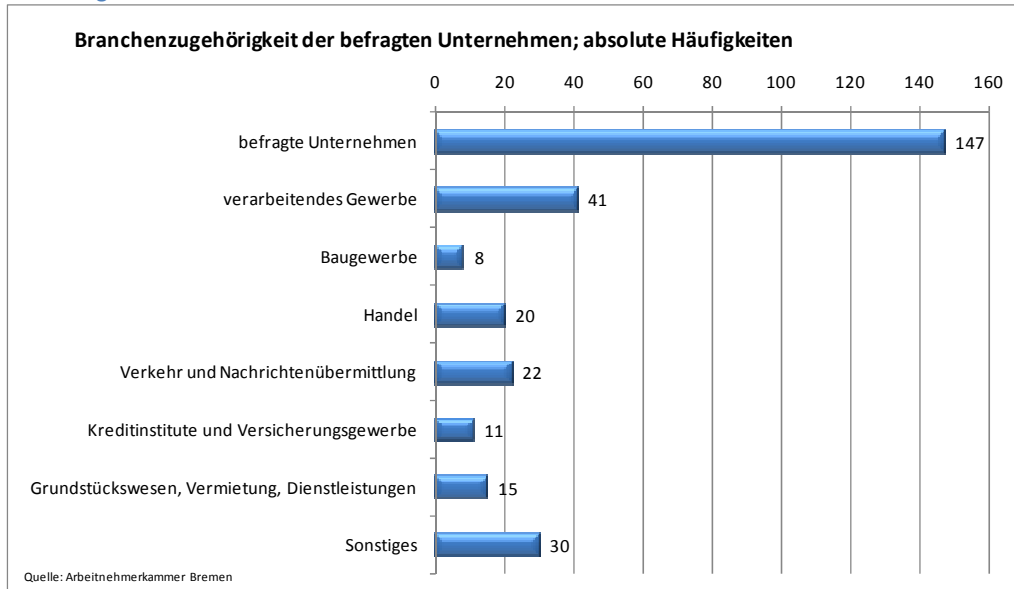
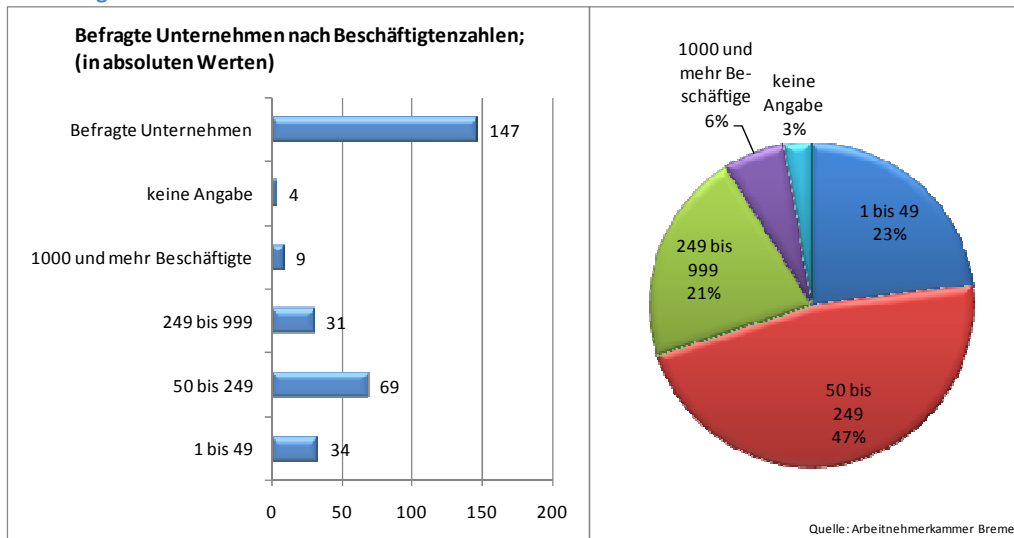


Abbildung 5



Der räumliche Schwerpunkt der empirischen Untersuchung liegt auf der Stadt Bremen: Von 655 angeschriebenen Betriebsräten hatten 533 ihren Sitz in der Stadt Bremen, rund 122 in der Stadt Bremerhaven. Entsprechend fällt die räumliche Verteilung der teilnehmenden Unternehmen aus: 120 stammen aus der Stadt Bremen (Rücklaufquote: 23 Prozent), 20 aus der Seestadt (Rücklaufquote: 16 Prozent). Lediglich 7 Unternehmen sind nach Angaben der betreffenden Betriebsräte an beiden Standorten vertreten (vgl. Abb. 7).

Abbildung 6

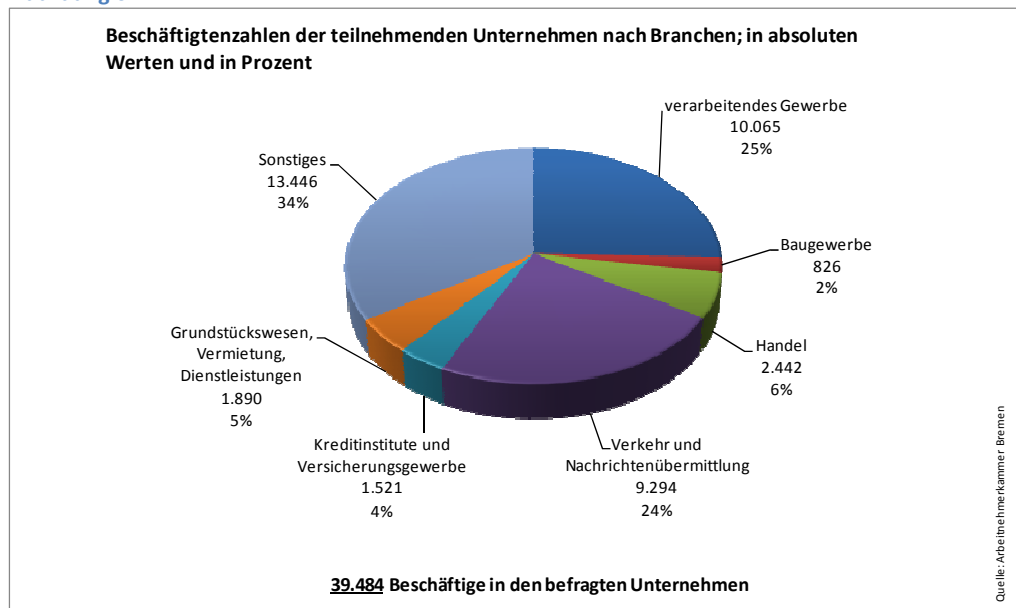
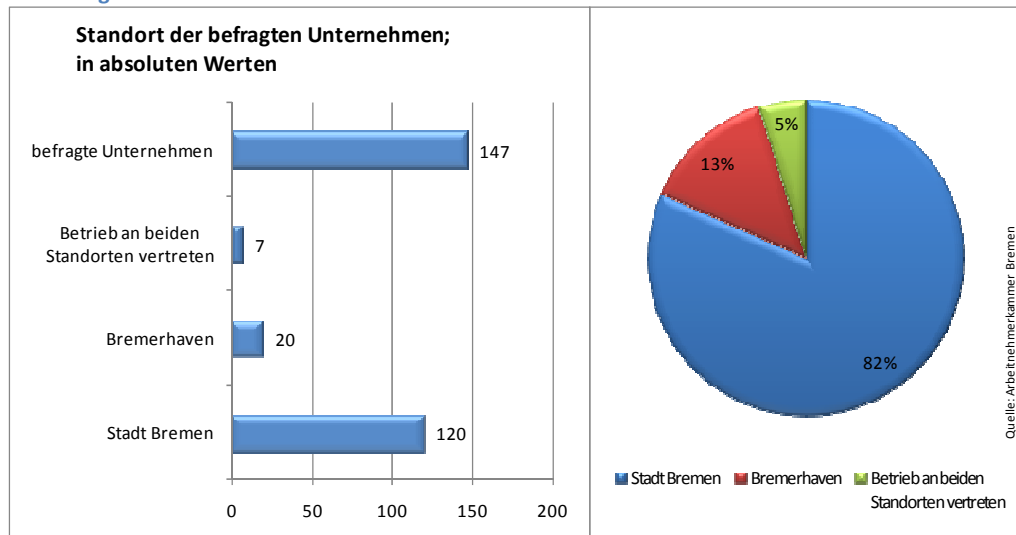


Abbildung 7

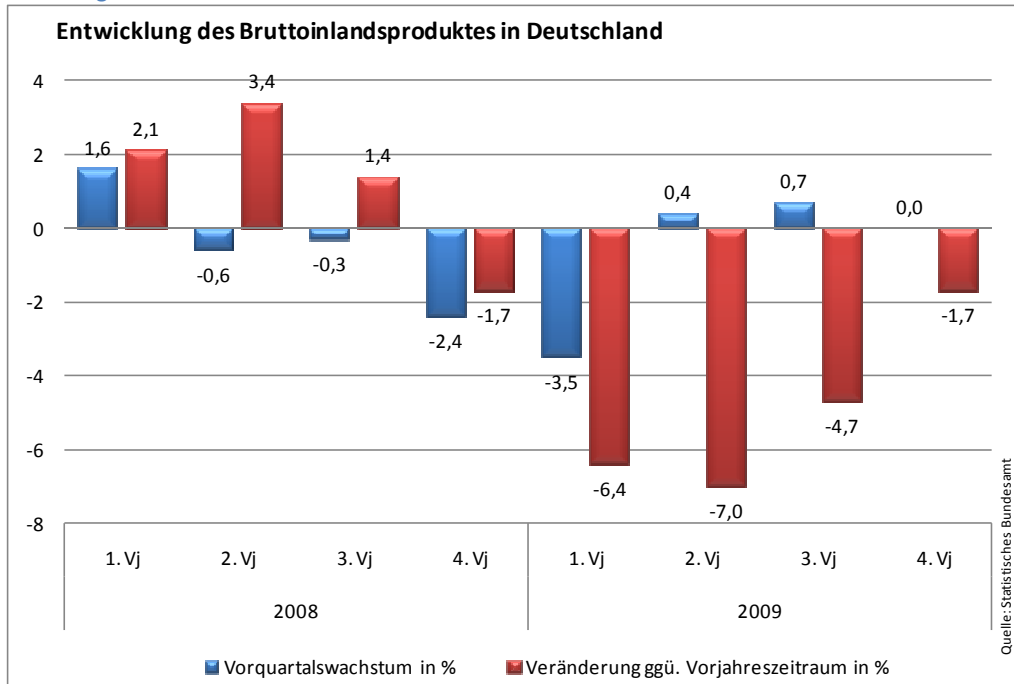


## 2. Erster Themenblock: Konjunktur- und Beschäftigungsentwicklung

### 2.1 Konjunktorentwicklung in Deutschland und im Land Bremen

Nachdem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal 2009 so deutlich gewachsen ist wie seit Anfang 2008 nicht mehr und sich von Juli bis September 2009 um +0,7 Prozent im Vergleich zum Vorquartal erhöhte, geriet die Erholung der deutschen Wirtschaft bereits im vierten Quartal 2009 wieder ins Stocken und stagnierte auf dem Niveau des Vorquartals. Nach dem massiven Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 scheint sich damit der schwache konjunkturelle Aufwärtstrend der letzten Monate aktuell nicht weiter fortzusetzen. Das Ausmaß der tiefsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg ist in den aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes weiterhin deutlich erkennbar: Die Wirtschaft steht schlechter da als noch vor einem Jahr. Im Vorjahresvergleich schrumpfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt bezogen auf das gesamte Jahr 2009 um -5,0 Prozent und erreicht derzeit lediglich das Niveau des Jahres 2006. Damit erhöhte sich zum ersten Mal seit sechs Jahren die Wirtschaftsleistung in Deutschland nicht (vgl. Abb. 8).

Abbildung 8



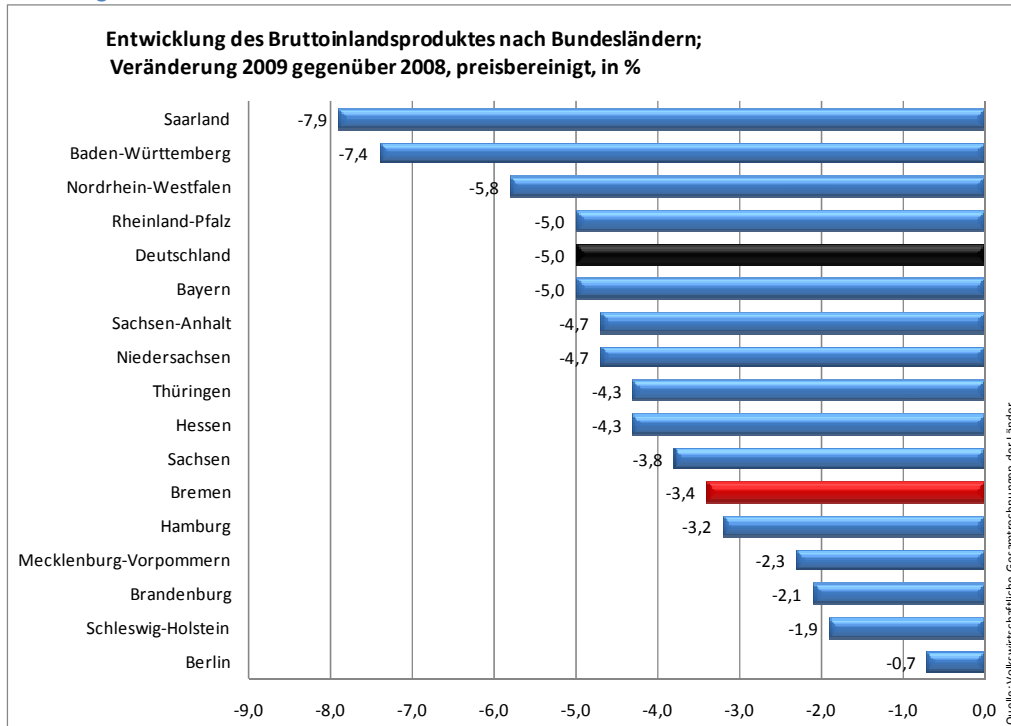
Die Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Bundesländern gestaltete sich für das gesamte Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr uneinheitlich (vgl. Abb. 9). Während das Bruttoinlandsprodukt in Berlin lediglich um -0,7 Prozent schrumpfte, nahm die Wirtschaftsleistung im Saarland um 7,9 Prozent ab. Das Land Bremen erlitt nach den Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 3,4 Prozent, stand damit aber deutlich besser da als das Bundesgebiet insgesamt (-5,0 Prozent).<sup>7</sup>

Für das Jahr 2010 sehen die Experten hingegen bereits wieder verhalten optimistisch in die Zukunft: Prognostiziert wird ein Wirtschaftswachstum von +1,2 bis +2 Prozent. Somit scheint die konjunkturelle Talsohle nach den vorliegenden Prognosen bereits überwunden und Deutschland – von einem deutlich geringeren Niveau aus – auf einen Wachstumspfad zurückgekehrt zu sein. Trotzdem warnen die Ökonomen deutlich, so der Tenor aller Prognosen: Einen kräftigen und stabilen Konjunkturaufschwung werde es noch lange nicht geben.<sup>8</sup> Kurzum: Die Krise ist noch nicht überwunden, die deutsche Wirtschaft wird auch im Jahr 2010 den Konjunkturinbruch der letzten zwölf Monate nicht wettmachen können.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu auch: STATISTISCHES LANDESAMT BREMEN (2010): Wirtschaftswachstum im Jahre 2009: Bremen im Abwärtssog der Krise; Pressemitteilung vom 30.3.2009.

<sup>8</sup> Vgl. INSTITUT FÜR MAKROÖKONOMIE UND KONJUNKTURFORSCHUNG (IMK) (2009): Report Nr. 45; INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT (IfW) (2009): Pressemitteilung vom 16. Dezember 2009.

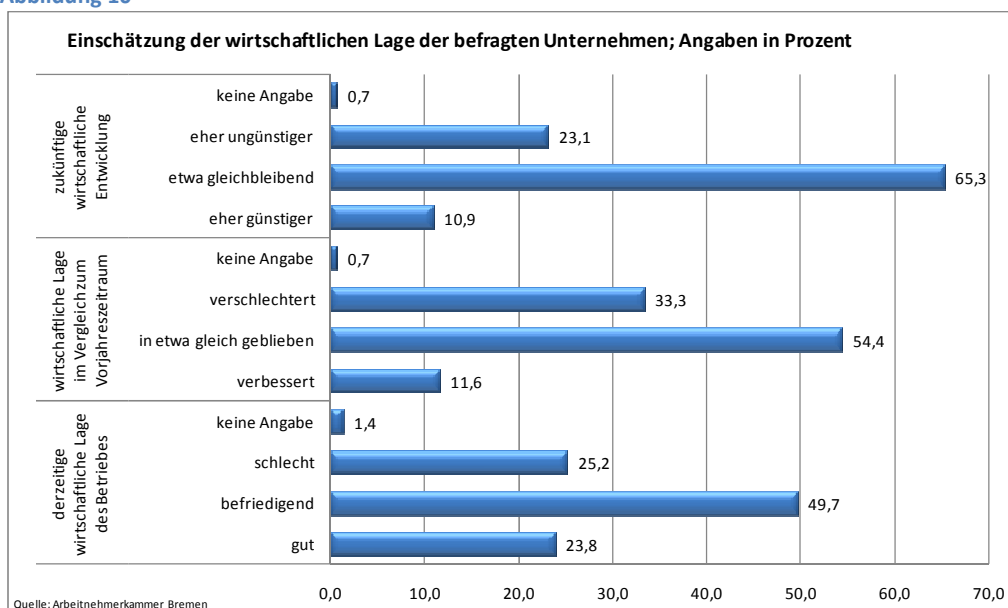
Abbildung 9



## 2.2 Geschäftslage der Bremer Unternehmen

Die aufgezeigte Konjunktorentwicklung nach den offiziellen Daten des Statistischen Bundesamtes spiegelt sich zu großen Teilen auch in den aktuellen Ergebnissen der Betriebsrätebefragung der Arbeitnehmerkammer Bremen wieder (vgl. Abb. 10): Nach dem tiefen Fall der Wirtschaft im Jahr 2009 gaben von den 147 befragten Arbeitnehmervertretungen 33,3 Prozent an, dass sich im Februar 2010 die wirtschaftliche Lage ihrer Betriebe im Vergleich zum Vorjahreszeitraum weiter verschlechtert hat. Über die Hälfte (54,4 Prozent) der Betriebsräte konnte hingegen keine wesentliche Veränderung ihrer Geschäftslage im Vorjahresvergleich feststellen.

Abbildung 10



Die leichte konjunkturelle Erholung der letzten Monate – vor allem hinsichtlich des deutlich verbesserten Auftragseinganges bei der bremischen Industrie (vgl. Abb. 17) – zeigt sich allerdings ebenfalls in den Ergebnissen der Kammerbefragung: Fast 12 Prozent der Betriebsräte konnten im Februar 2010 bereits wieder eine „Verbesserung der wirtschaftlichen Lage“ ihrer Unternehmen feststellen.

Aktuell schätzen etwa 24 Prozent der Betriebsräte die wirtschaftliche Lage ihres Betriebes als „gut“ ein, rund 50 Prozent bewerten diese als „befriedigend“, während 25 Prozent die Lage als „schlecht“ bezeichnen.

Aus den Befragungsergebnissen der Kammer lassen sich – bei aller gebotenen Vorsicht – erste Anzeichen für eine leichte konjunkturelle Erholung ableiten. Zumindest gibt es deutliche Anhaltspunkte, dass für einen großen Teil der befragten Unternehmen die Talsohle der Krisenentwicklung bereits durchschritten sein könnte: Fast 76 Prozent der Betriebsräte vermuten, dass sich die wirtschaftliche Lage ihres Betriebes zumindest nicht weiter „verschlechtert“ oder erwarten sogar eine „günstigere Entwicklung“ für die kommenden zwölf Monate. Anlass zur Entwarnung kann hingegen leider dennoch nicht gegeben werden: 23,1 Prozent der Betriebsräte gehen von einer weiteren Eintrübung der Geschäftslage aus.

Abbildung 11

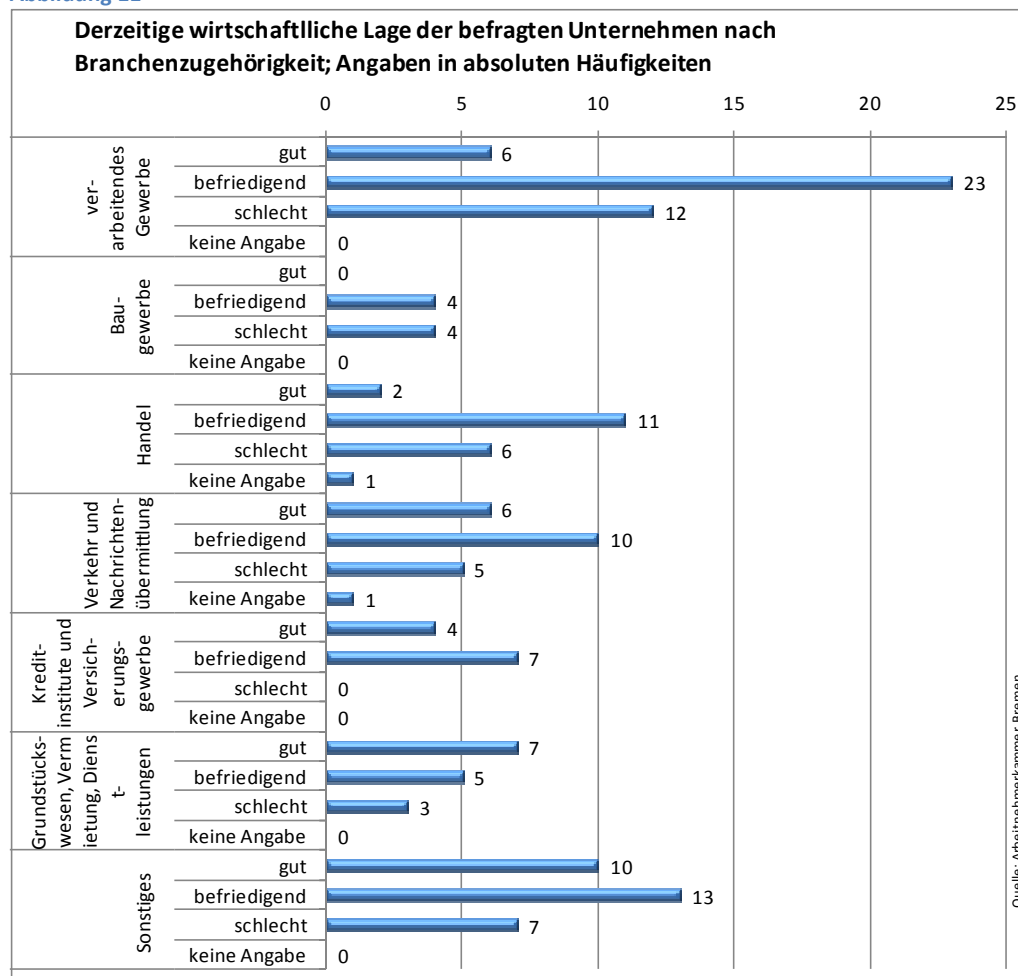
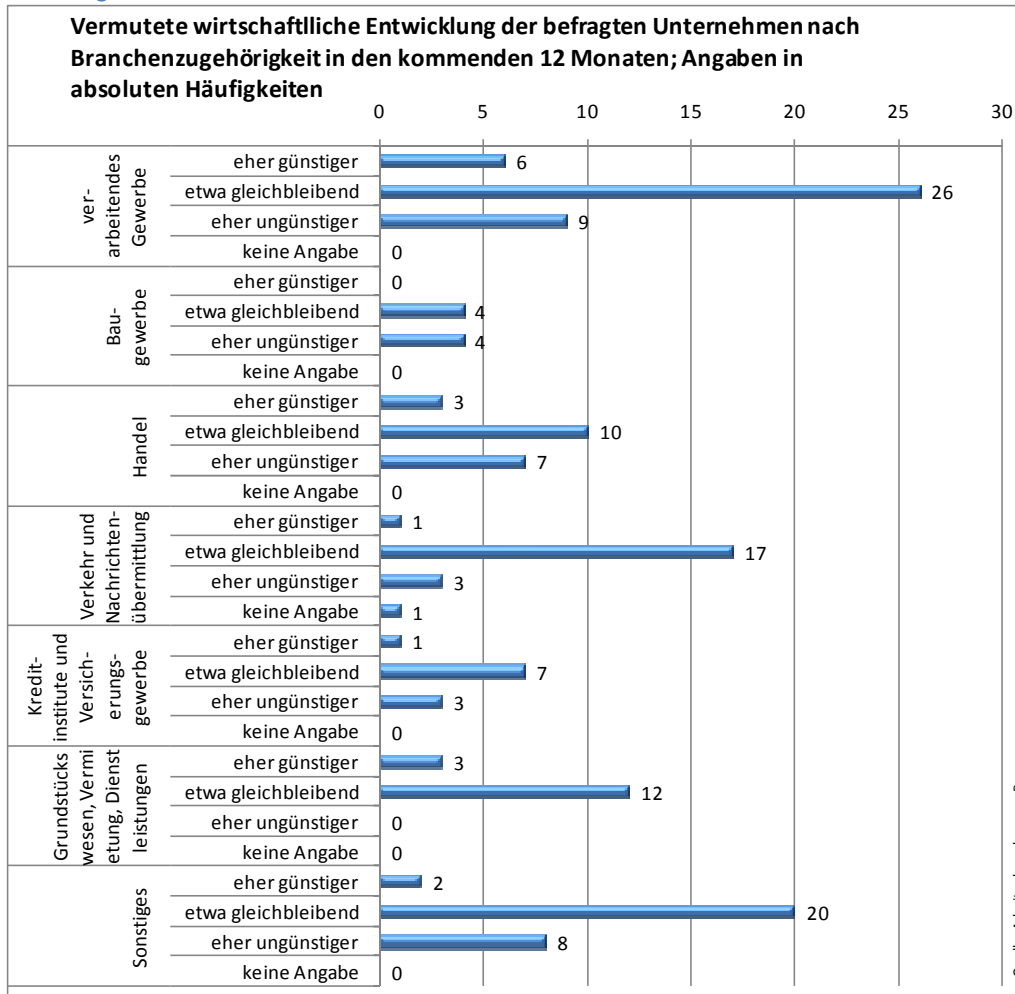


Abbildung 11 zeigt die branchendifferenzierte Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der Betriebe in absoluten Häufigkeiten. Aufgrund des geringen Klassenbesatzes soll allerdings an dieser Stelle auf eine Ableitung von möglichen Branchenentwicklungen abgesehen werden. Dennoch

zeigt sich, dass bei den befragten Unternehmen in nahezu allen Branchen die „derzeitige wirtschaftliche Lage“ zumindest als „befriedigend“ oder sogar als „gut“ eingestuft wird.

Abbildung 12

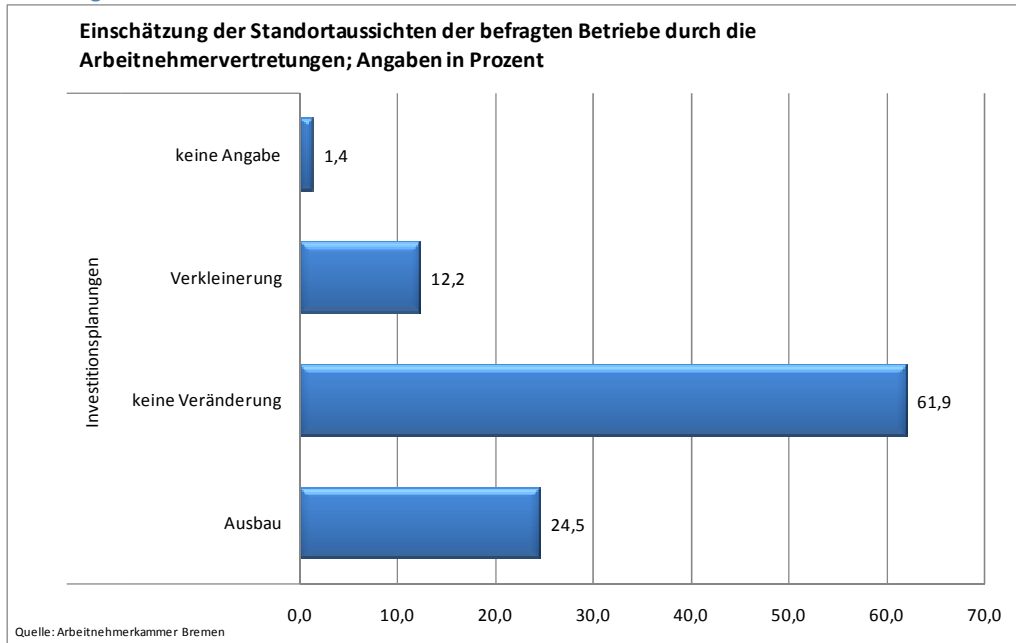


Auch bei der Einschätzung der „wirtschaftlichen Lage der Betriebe in den kommenden 12 Monaten“ deutet sich zumindest nach den vorliegenden Daten bei einem Großteil der befragten Unternehmen in allen Branchen keine Verschlechterung der Lage an (vgl. Abb. 12).

### 2.3 Standortaussichten der Bremer Unternehmen

Die Betriebsräte der befragten Unternehmen schauen insgesamt verhalten optimistisch in die Zukunft: Während 12 Prozent der Unternehmen von einer Verkleinerung des Betriebes am regionalen Standort ausgehen, gehen immerhin fast 25 Prozent sogar von einem Ausbau des Standortes aus. 62 Prozent der Betriebsräte erwarten aber „keine Veränderung“ bezüglich ihres Betriebes (vgl. Abb. 13).

Abbildung 13

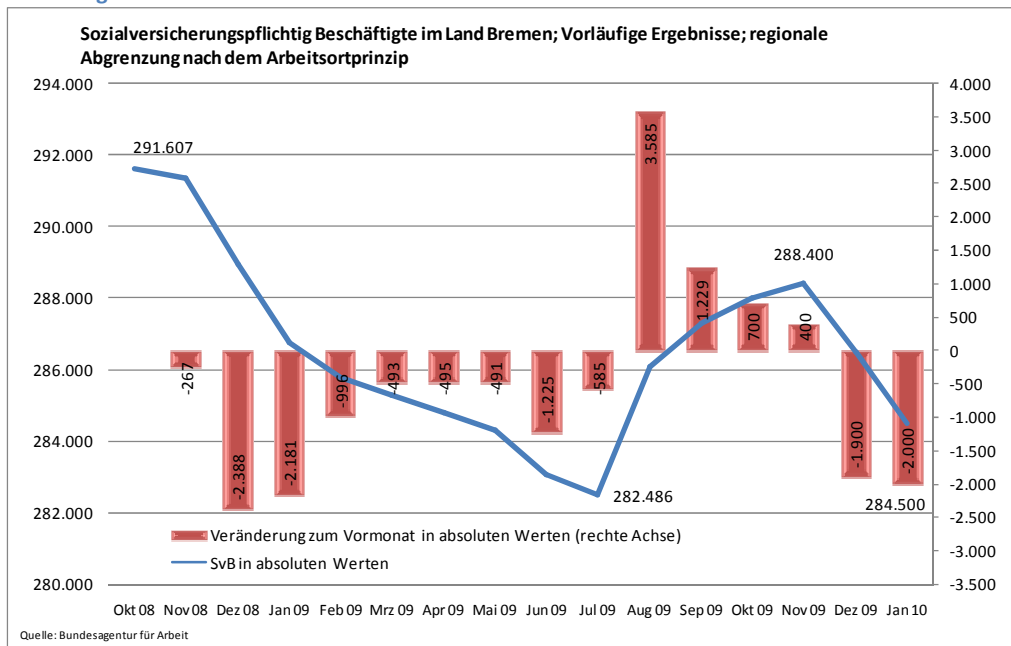


## 2.4 Beschäftigungsentwicklung

### 2.4.1 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat im Land Bremen zu einem deutlichen Abbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen geführt. Nach den vorläufigen Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit waren im Januar 2010 rund 284.500 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt: 7.107 weniger als noch im Oktober 2008 (-2,4 Prozent).<sup>9</sup> Damit nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Land Bremen leicht unter dem Bundesdurchschnitt von -2,6 Prozent ab (vgl. Abb.14).

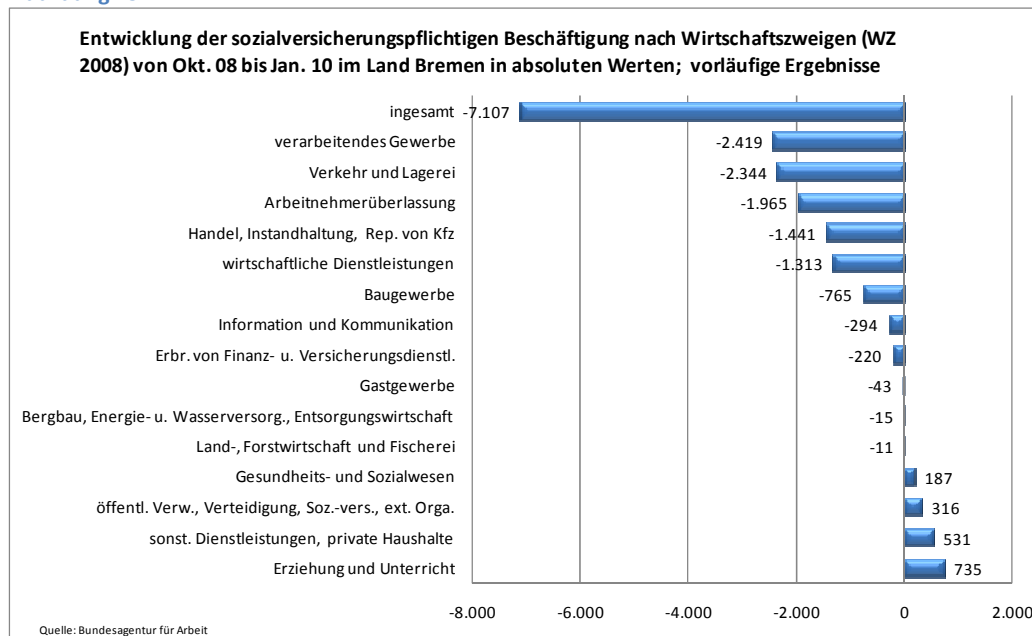
Abbildung 14



<sup>9</sup> Anmerkung: Im Oktober 2008 erreichte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Land Bremen ihren höchsten Stand.

Die Beschäftigungsverluste vollzogen sich vor allem in der bremischen Industrie und in der Logistikwirtschaft (vgl. Abb. 15): Im „verarbeitenden Gewerbe“ nahm der Umfang der Beschäftigung um -2.419 Personen (-4,2 Prozent), im Bereich „Verkehr und Lagerei“ um -2.344 Personen (-7,0 Prozent) ab. Von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffen waren – wie es aufgrund ihrer (oftmals) prekären Beschäftigungssituation zu erwarten war – die Leiharbeiter, können sie doch aufgrund gängiger Vertragsgestaltung relativ schnell entlassen werden. Der sogenannte und viel gepriesene „Flexibilisierungsvorteil“ kommt in der derzeitigen Krisensituation deutlich zum Tragen: Es sind zum großen Teil Leiharbeiter, die aufgrund hoher Auftragseinbrüche ohne viel Aufsehen zu erregen, die Unternehmen verlassen mussten: Innerhalb von etwas mehr als einem Jahr (von Oktober 2008 bis Januar 2010) wurden rund 18 Prozent der Leiharbeiter (1.965 Personen) im Land Bremen entlassen. Der Beschäftigungsaufbau im Land Bremen, der sich in den letzten Jahren zu großen Teilen im Bereich der Leiharbeit vollzogen hat, musste damit einen deutlichen Rückschlag hinnehmen.<sup>10</sup>

Abbildung 15



## 2.4.2 Entwicklung der Auftragseingänge und der Beschäftigung in der Industrie

Innerhalb eines Jahres ist die Zahl der Industriebeschäftigten in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um rund 251.500 Personen gesunken. Das ist im Vergleich der Monatsdaten Januar 2010 und 2009 ein Rückgang der Beschäftigung um 4,9 Prozent (vgl. Abb. 16). Dieser massive Beschäftigtenabbau vollzog sich ungeachtet einer – mit der Ausnahme von Rückschlägen in den Monaten Oktober und Dezember – bereits seit dem Frühling 2009 zunehmend positiven Auftragsentwicklung innerhalb der deutschen Industrie. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe haben sich nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im Januar preis- und saisonbereinigt sogar äußerst kräftig um 4,3 Prozent erhöht. Auch im Zweimonatsvergleich (Dezember/Januar gegenüber Oktober/November) bleiben die Auftragseingänge mit einem Plus von 1,8 Prozent weiter aufwärtsgerichtet. Dennoch unterschritten die Auf-

<sup>10</sup> Vgl. auch: ARBEITNEHMERKAMMER (2009): Statistisches Jahrbuch 2009; ARBEITNEHMERKAMMER (2009): Zeitarbeit in Bremen.

tragseingänge in der Industrie im Zweitmonatsvergleich (Dezember/Januar) die Vorjahreswerte immer noch um 13,3 Prozent.<sup>11</sup>

Abbildung 16

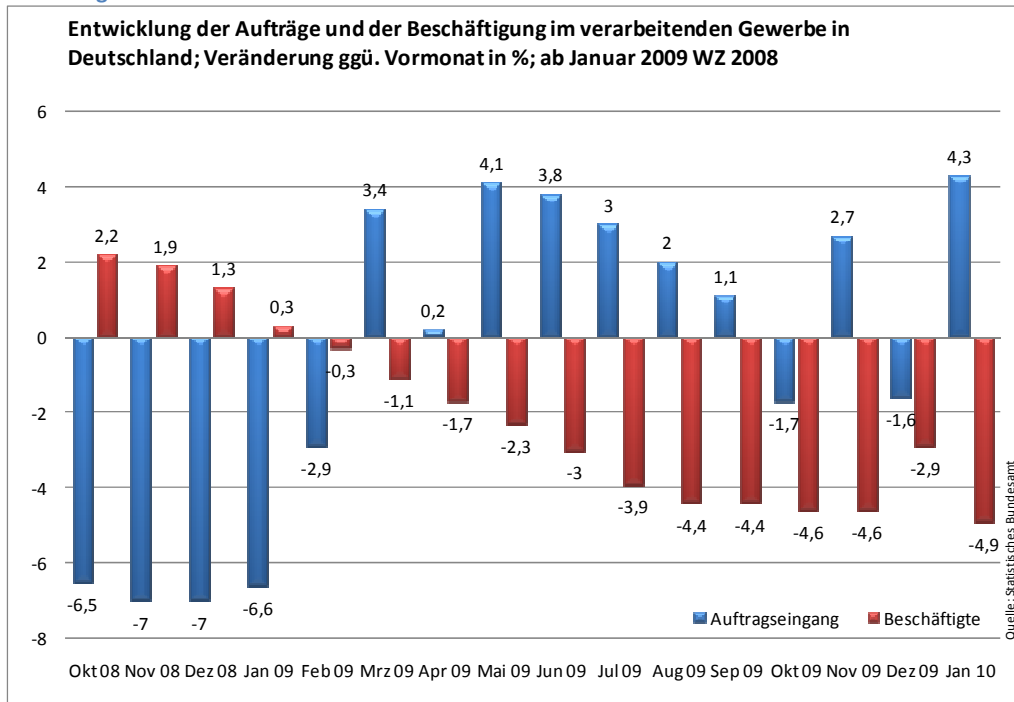
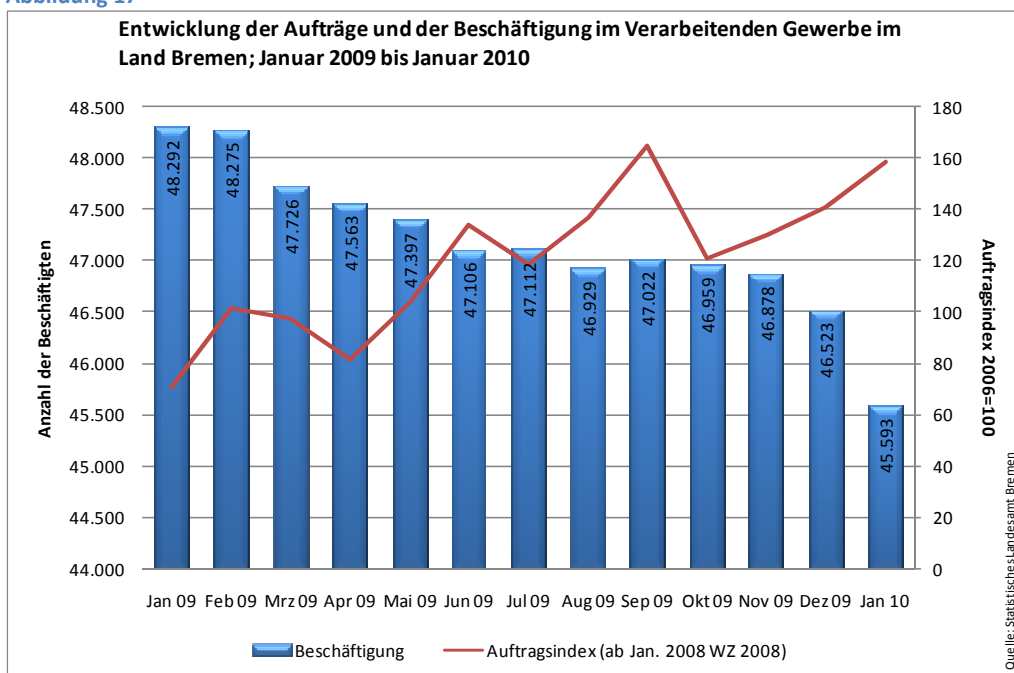


Abbildung 17



Die entsprechende Entwicklung lässt sich auch im Bundesland Bremen feststellen: Von Januar 2009 bis zum Januar 2010 sank die Industriebeschäftigung sogar deutlich über dem Bundesdurchschnitt um 2.699 (-5,6 Prozent) von 48.292 auf 45.593 Personen, während sich die Auftragslage bereits wieder deutlich positiv entwickelte (vgl. Abb. 17).

<sup>11</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE (2010): Entwicklung des Auftragseingangs in der Industrie im Januar 2010; Pressemitteilung vom 5.3.2010.

Deutlich zeichnet sich hier die Gefahr einer „zweiten Runde der Krise“ ab, die vornehmlich aus negativen Folgen für die Arbeitnehmer bestehen könnte: Die Unternehmen beginnen allem Anschein nach, trotz wieder kräftig steigender Auftragseingänge ihre aktuelle „Kostensituation“ vor allem durch eine Anpassung der Personalkosten zu verbessern. In Zukunft droht damit für die Arbeitnehmer, dass steigende Auftragseingänge stärker durch Fremdvergabe, eine höhere Arbeitsverdichtung und weniger Festangestellte abgefangen werden könnten.

### 2.4.3 Beschäftigungsentwicklung in den Bremer Unternehmen

Im Rahmen der Unternehmensbefragung wurden die Betriebsräte im Februar 2010 gebeten, Angaben sowohl zur Beschäftigungsentwicklung der vergangenen zwölf Monate als auch zur vermuteten Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten zu machen: 34,7 Prozent der Betriebsräte konstatierten für ihre Betriebe eine „Abnahme“ der Beschäftigtenzahlen und in 17,7 Prozent der Betriebe nahm der Umfang der Beschäftigung in den letzten zwölf Monaten nach den Expertenangaben sogar zu. Damit entwickelte sich die Beschäftigung in den befragten Unternehmen weitgehend analog zur Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Betriebe (vgl. Abb. 18 und 19). Ein ähnliches Bild zeigt sich im Vergleich der vermuteten Entwicklung der „wirtschaftlichen Lage“ und der „Beschäftigung“ in den kommenden zwölf Monaten: Über die Hälfte (55,1 Prozent) der Betriebsräte geht von einem gleichbleibenden Beschäftigungsumfang in ihren Betrieben aus, 12,9 Prozent sogar von einer Zunahme. Leider vermuten aber auch rund 28 Prozent einen Beschäftigungsabbau noch in diesem Jahr. Angaben zu den genauen Umfängen der Beschäftigungsentwicklung wurden im Rahmen der Erhebung nicht erfasst.

Abbildung 18

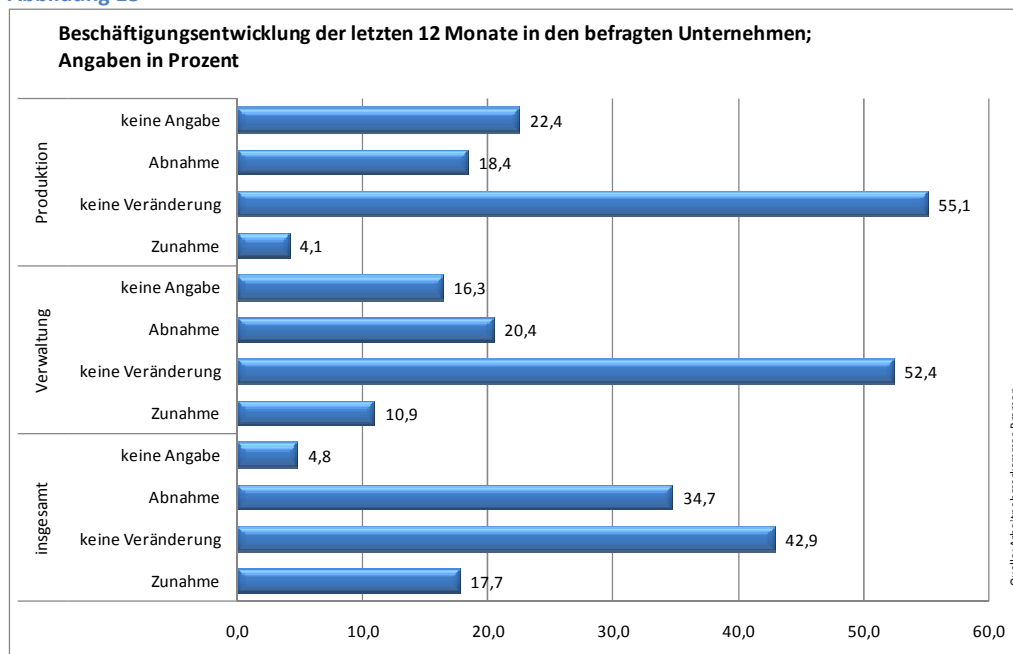
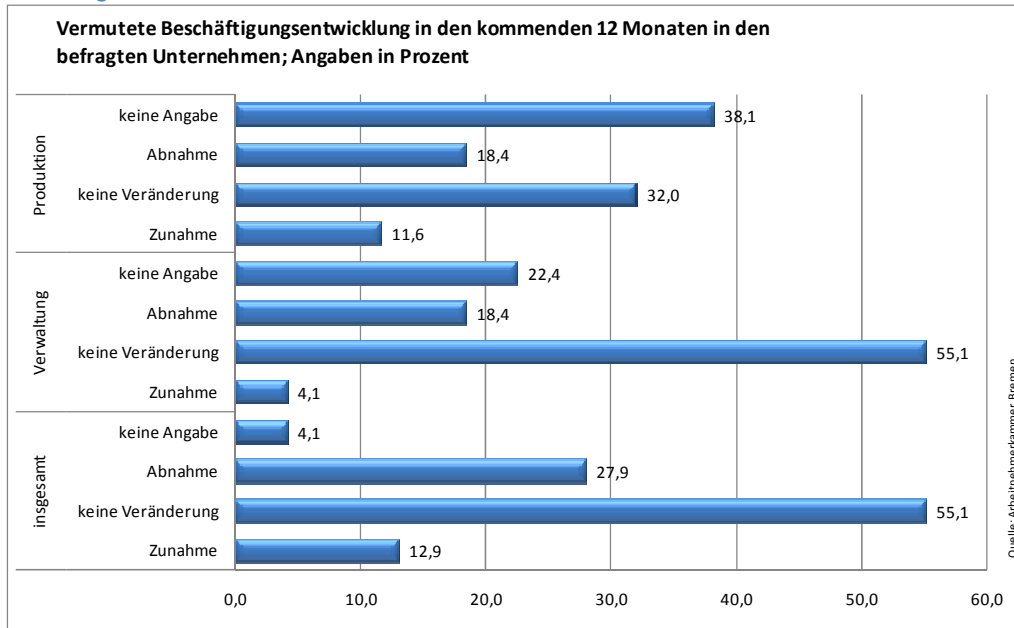


Abbildung 19



Den Abbildungen 20 und 21 ist die branchendifferenzierte Einschätzung der Beschäftigungsentwicklung in absoluten Häufigkeiten zu entnehmen. Wieder aufgrund des geringen Klassenbesatzes soll auch hier auf eine detaillierte Ableitung von möglichen Branchentrends abgesehen werden.

Abbildung 20

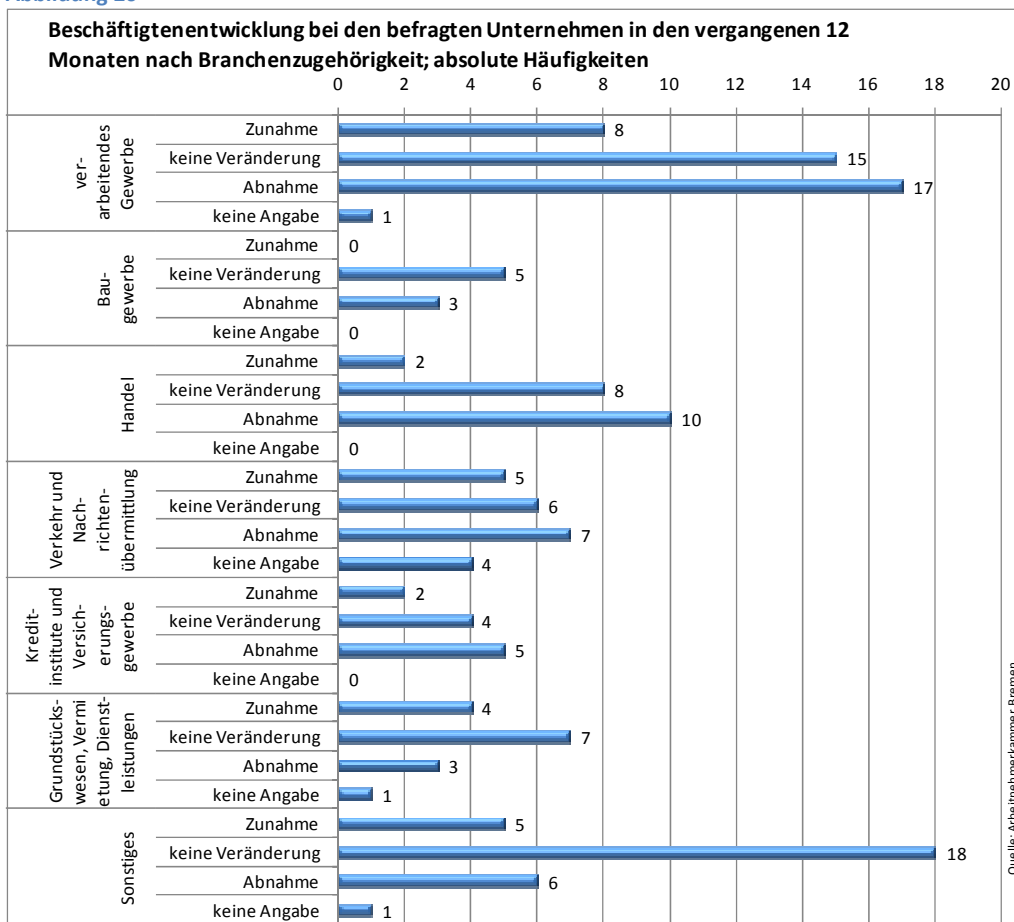
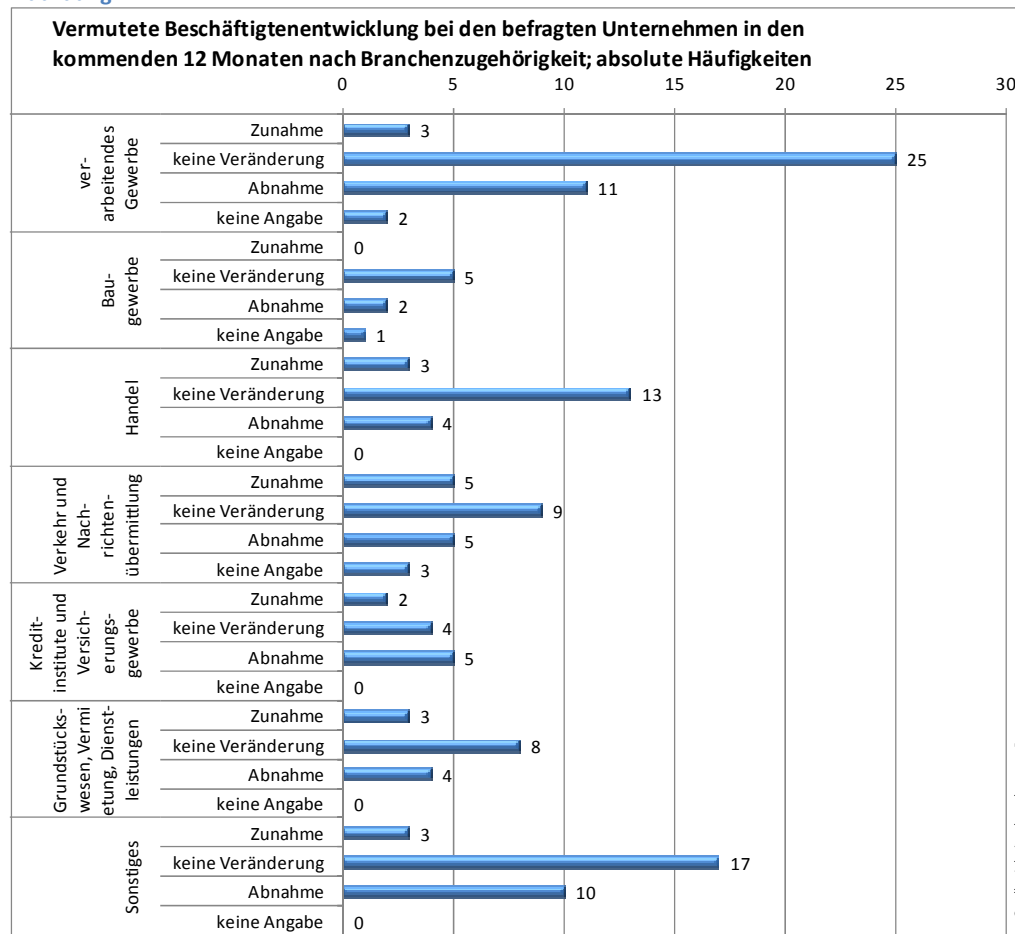


Abbildung 21



## 2.5 Entwicklung der Leiharbeit in den bremischen Unternehmen

Die Leiharbeit hat in den letzten Jahren – insbesondere nach der Neugestaltung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) im Jahr 2004 – stark an Bedeutung gewonnen. In keinem anderen Wirtschaftsbereich waren so erhebliche Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen wie in dieser Branche: Die Zahl der Leiharbeiter verdoppelte sich innerhalb von nur acht Jahren (Betrachtungszeitraum: 2000 bis 2008). Laut der Statistik nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz waren bundesweit zum 30.6.2008 794.363 Personen in der Leiharbeitsbranche tätig. In manchen Unternehmen stellen heute Leiharbeitskräfte einen Großteil der Belegschaft und Neueinstellungen erfolgen immer häufiger über sogenannte Verleiherfirmen, die im Auftrag der Unternehmen qualifiziertes Personal suchen und bereitstellen. In Ansätzen zeichnet sich damit in den letzten Jahren die deutliche Gefahr einer zunehmenden Substitution von regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit ab. Für einen immer größer werdenden Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet das oftmals Arbeit – vor allem mit Blick auf die Arbeitsplatzsicherheit – zu deutlich schlechteren Konditionen. Die klaren Vorteile der Leiharbeit für die Arbeitgeber liegen hingegen auf der Hand und bestehen vor allem in verbesserten Möglichkeiten zur flexiblen Anpassung des Personalbestandes an die Auftragslage und zum Teil in Kostenvorteilen. Diese Vorteile kommen in der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich zum Tragen: Es sind vor allem Leiharbeitskräfte, die in den letzten Monaten aufgrund von Auftragseinbrüchen die Unternehmen verlassen mussten. Zu vermuten ist, dass sich nach der Krise der Trend zur Substitution regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit weiter fortsetzen wird. Erste Anzeichen dafür lassen sich bereits schon heute auch im Land Bremen finden: Während trotz der seit März 2009 wieder

steigenden Auftragseingänge in der deutschen Industrie weiter reguläre sozialversicherungs-  
pflichtige Beschäftigung (vor allem im verarbeitenden Gewerbe und auch im Logistikbereich)  
abgebaut wurde (vgl. Abb. 16), setzten die Unternehmen in den letzten Monaten wieder ver-  
stärkt auf die Leiharbeit (vgl. Abb. 22/23).

Abbildung 22

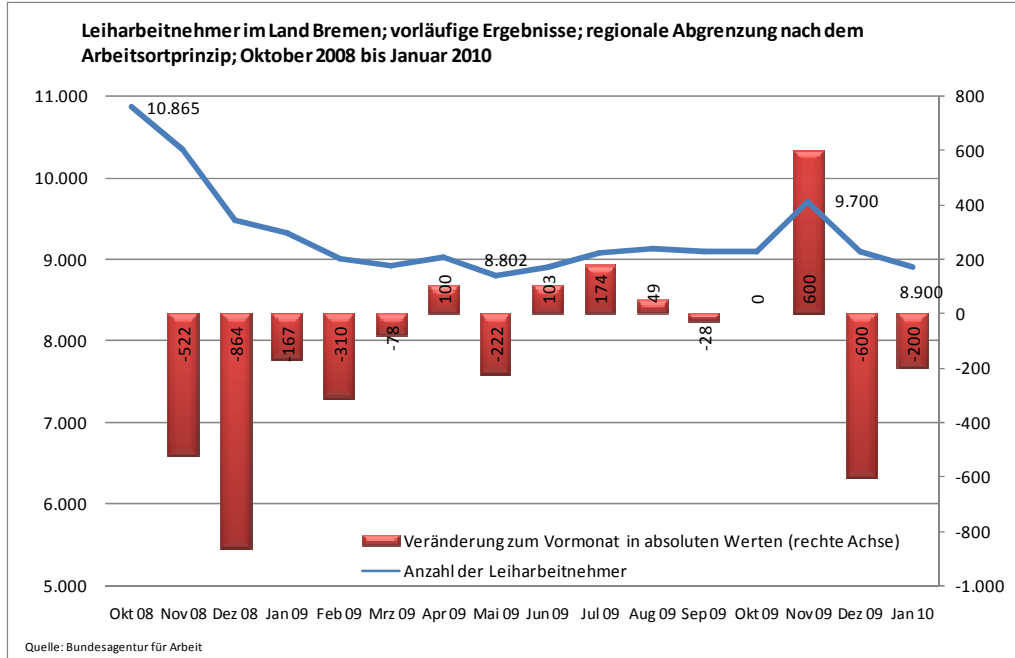
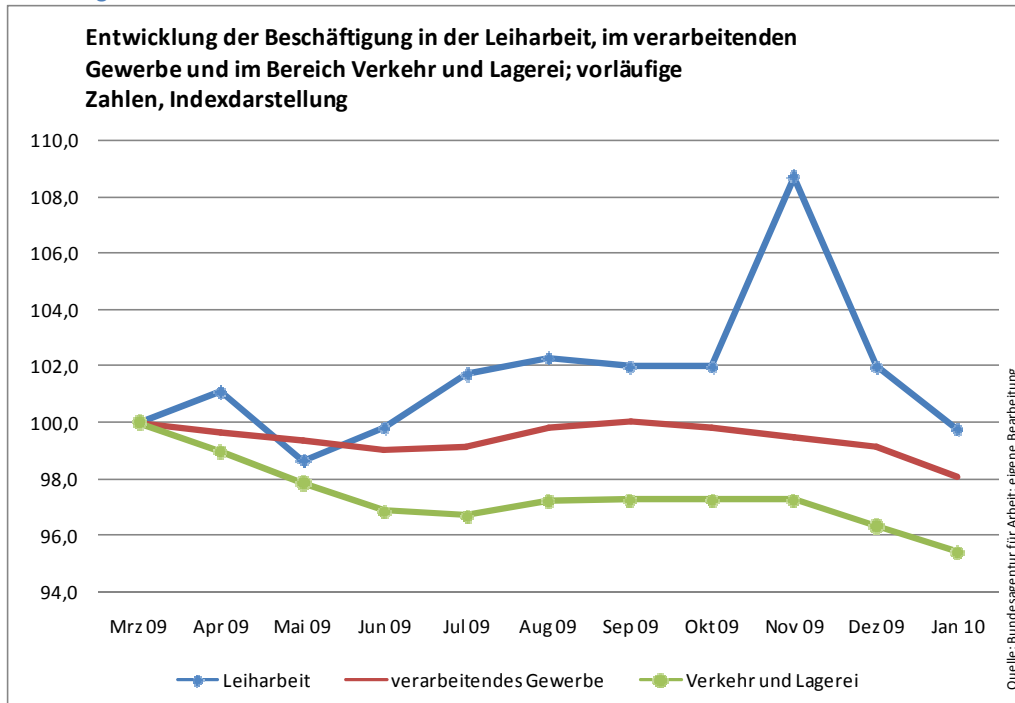


Abbildung 23



### 2.5.1 Umfang, Funktion und Auswirkungen der Leiharbeit

Von den 147 im Rahmen der Studie befragten Arbeitnehmervertretungen gaben 73 (ca. 50 Pro-  
zent) an, dass in ihrem Betrieb Leiharbeitnehmer zum Einsatz kommen (vgl. Abb. 24). Insge-  
samt werden in den erfassten Unternehmen 2.878 Leiharbeitnehmer beschäftigt und das vor

allem im „verarbeitenden Gewerbe“ und im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (vgl. Abb. 25).

Die Abbildung 22 verdeutlicht, wie in Bremen der „atmende Arbeitsmarkt“ im Bereich der Leiharbeit seine gewünschte „flexible“ Funktion im vollen Umfang erfüllen konnte: In einem relativ kurzen Zeitraum (von Oktober 2008 bis Januar 2010) wurden fast 18 Prozent (1.965 Personen) der Leiharbeiter ohne großes Aufsehen entlassen.

Abbildung 24

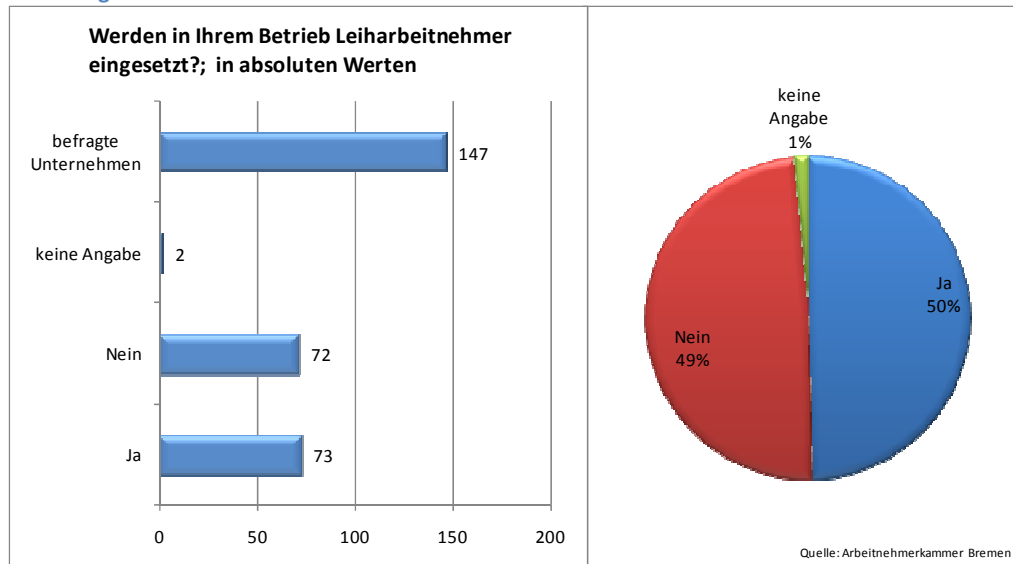
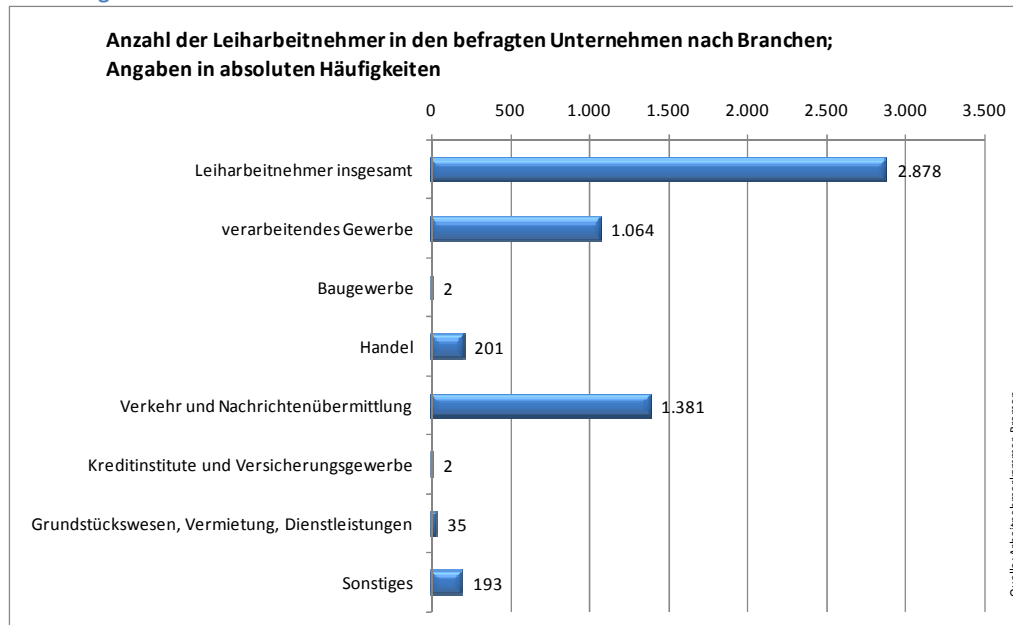


Abbildung 25



Auch in den befragten Unternehmen kam es in den letzten zwölf Monaten in erheblichem Umfang zu Veränderungen im Bereich der Leiharbeit: Während in gut 50 Prozent der Fälle der Personalbestand an Leiharbeitern unangetastet blieb, bauten rund 30 Prozent der Unternehmen Leiharbeit ab. In 15 Prozent der Fälle wurden hingegen sogar mehr Leiharbeiter eingesetzt (vgl. Abb. 26).

Leiharbeiter werden in den Betrieben zum großen Teil für einen relativ kurzen Zeitraum beschäftigt: in rund 45 Prozent der Fälle maximal sechs Monate; rund 27 Prozent setzen Leiharbeiter 7 bis 12 Monate ein und in einem relativ kleinen Teil von lediglich rund 4 Prozent verbleiben die „Externen“ ein Jahr und länger in den Unternehmen (vgl. Abb. 27). Auch nach diesen Zahlen erfüllt die Leiharbeit allem Anschein nach ihren ursprünglich zugedachten Zweck: Leiharbeiter werden flexibel und nur für einen relativ begrenzten Zeitraum eingesetzt.

Abbildung 26

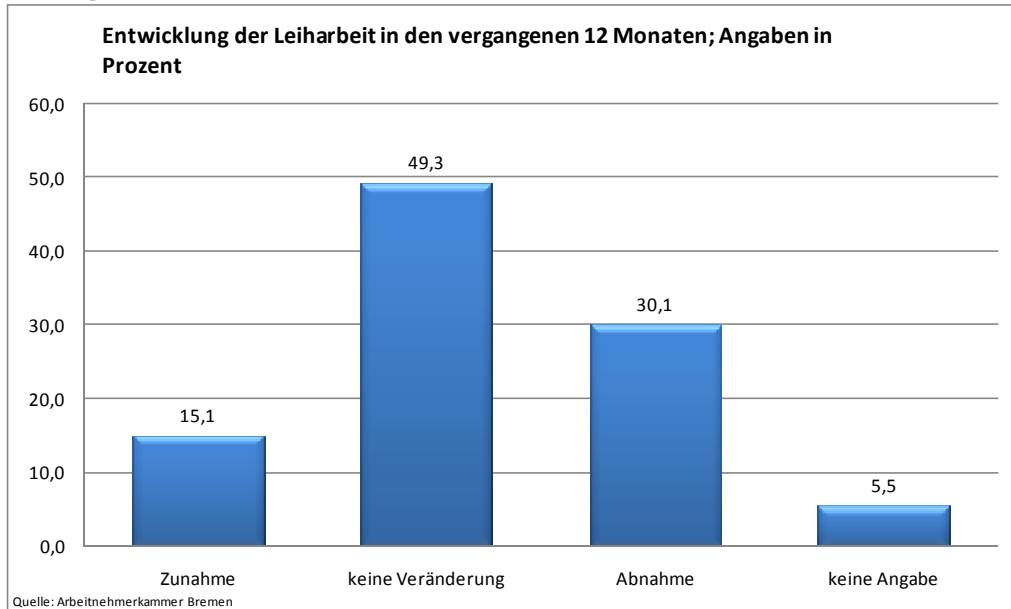
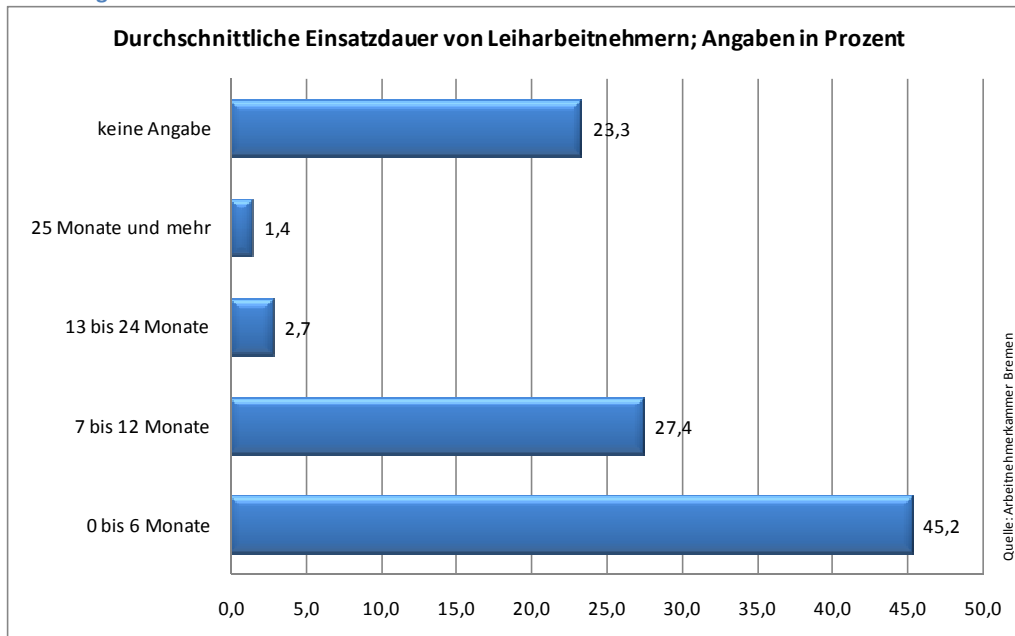


Abbildung 27



Die Betriebsräte wurden in der Erhebung aber auch nach der hauptsächlichen Funktion der Leiharbeit in ihren Betrieben befragt: Nach ihren Einschätzungen hat in rund 70 Prozent der Fälle die Leiharbeit tatsächlich lediglich ihre ursprünglich gedachte Funktion: Sie dient vornehmlich der Deckung von Auftragsspitzen oder findet im Krankheitsfall beziehungsweise im Rahmen von „Elternzeit“ Anwendung. In rund 33 Prozent der Fälle sahen die Betriebsräte aber eine ganz andere Funktion der Leiharbeit: Zunehmend werden Leiharbeiter auch langfristig als regulärer

Ersatz für die Stammebelegschaft eingesetzt – eine Aufgabe, die die Leiharbeit nie übernehmen sollte (vgl. Abb. 28).

Dass Leiharbeiter von den Unternehmen im immer stärkeren Maße als feste reguläre Planungsgröße angesehen werden und in den Arbeitsplanungen der Personalabteilungen als dauerhafte, kostengünstigere und schnell kündbare Quasi-Stammebelegschaft fest eingepflegt werden, zeigt auch folgendes Befragungsergebnis: Rund 19 Prozent der teilnehmenden Unternehmen verfügen bereits über eine unternehmenseigene Leiharbeitsfirma. Bedenkt man hierbei, dass es sich bei den befragten Unternehmen um „mitbestimmte Betriebe“ handelt, die noch eher Einfluss auf Personalplanungen und den Einsatz von Leiharbeitnehmern besitzen als Betriebe ohne Arbeitnehmervertretung, stimmt dieser relativ hohe Anteil nachdenklich (vgl. Abb. 29).

Abbildung 28

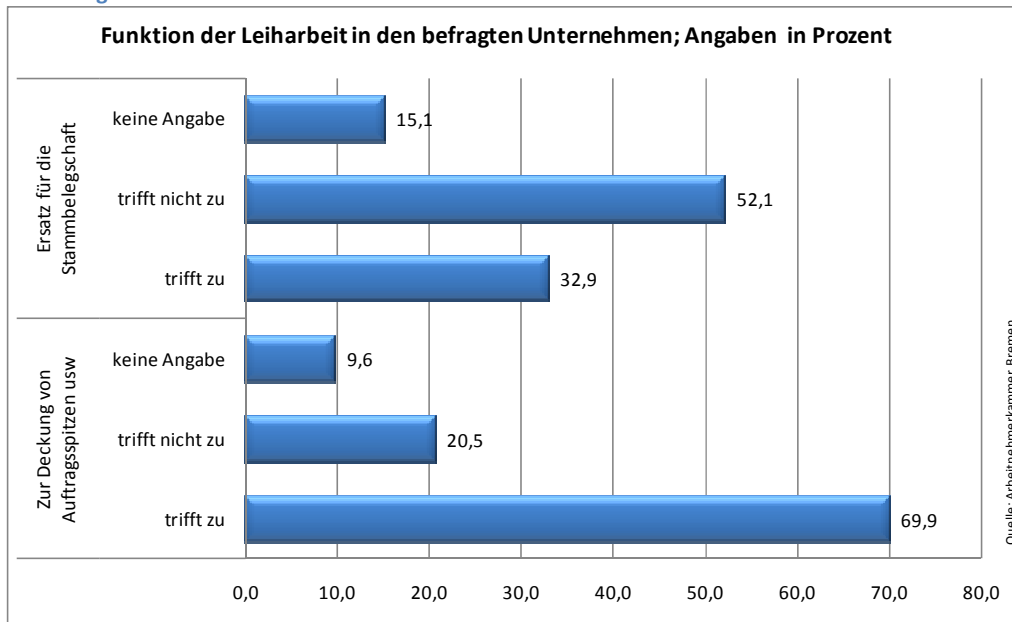
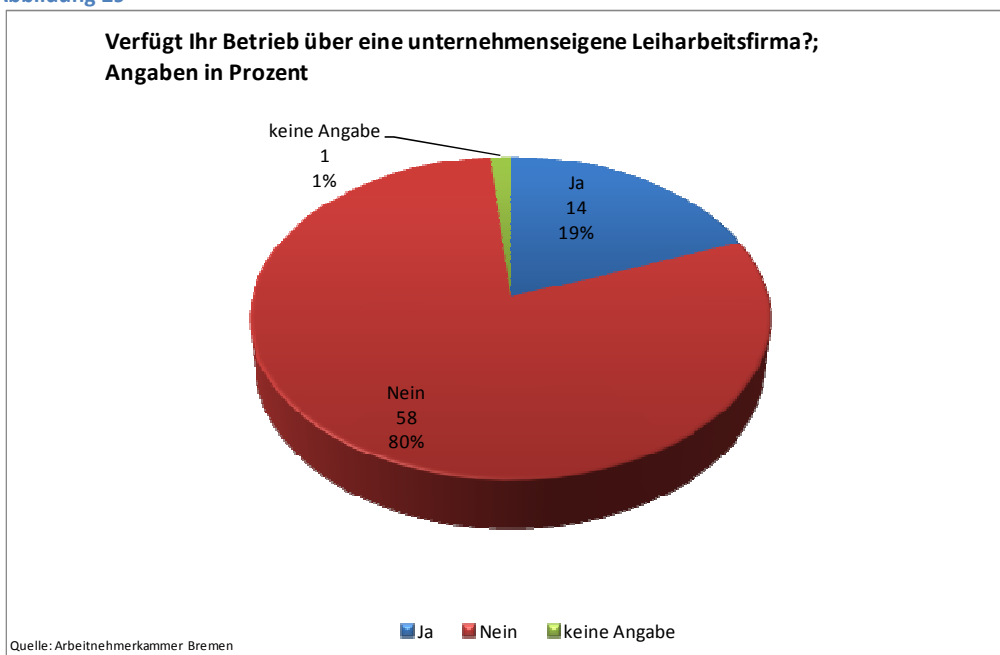
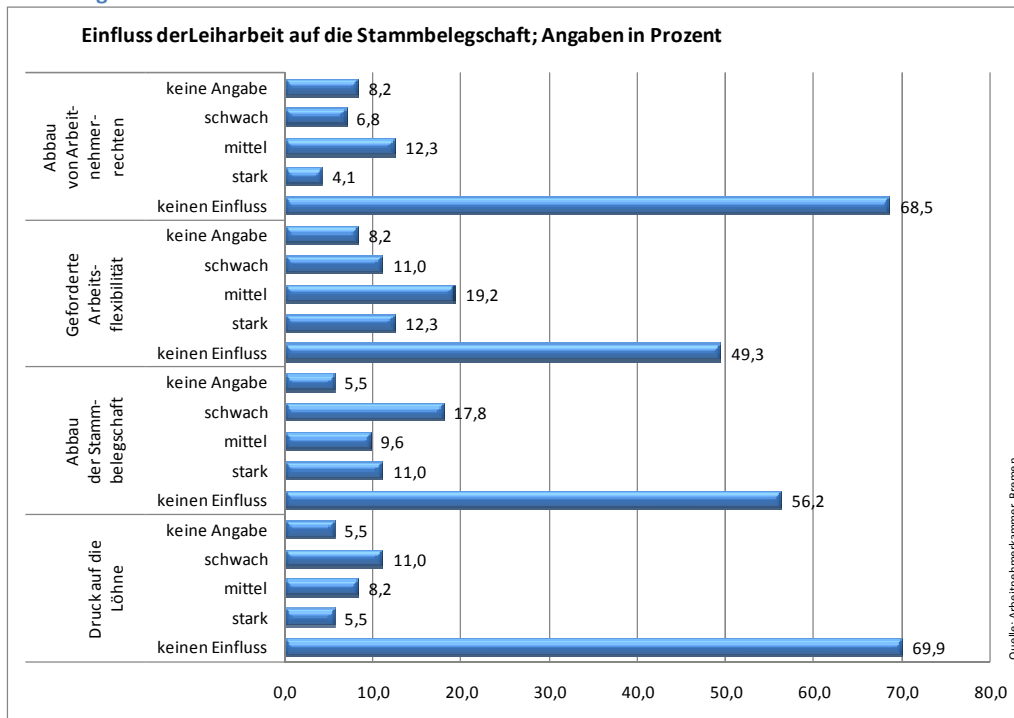


Abbildung 29



Welchen Einfluss nach Einschätzung der Betriebsräte der Einsatz von Leiharbeitnehmern auf die Stammebelegschaft und deren Arbeitsbedingungen ausübt, wurde ebenfalls versucht, mit der Befragung zu erfassen (vgl. Abb. 30): 24,7 Prozent der Betriebsräte gaben an, dass der Einsatz der Leiharbeit in ihren Unternehmen „Druck auf die Löhne“ ausübe und in 38,4 Prozent der Fälle zum „Abbau der Stammebelegschaft“ führte. Rund 42 Prozent der Arbeitnehmervertreter waren der Ansicht, dass sich die „geforderte Arbeitsflexibilität“ erhöht hat, und in 23,2 Prozent der Fälle hatte der Einsatz der Leiharbeit sogar einen „Abbau von Arbeitnehmerrechten“ zur Folge. Der weitaus größere Teil der Betriebsräte (jeweils 50 Prozent und mehr) konnte allerdings die in der Abbildung 30 aufgezeigten möglichen negativen Folgen eines Leiharbeitnehmereinsatzes für das eigene Unternehmen nicht feststellen.

Abbildung 30



### 3. Zweiter Themenblock: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise

Deutschland wurde im Jahr 2008 mit einem Anteil von rund 9,1 Prozent am weltweiten Handel zum sechsten Mal in Folge (noch) knapp vor der Volksrepublik China (8,9 Prozent) Exportweltmeister. Vor diesem Hintergrund treffen die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise und der massive Einbruch des Welthandels die Exportnation Deutschland besonders hart. Experten gingen vor allem aufgrund dieser hohen Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft bei gleichzeitig relativ schwacher Binnennachfrage von besonders starken negativen Effekten der Krise auf den deutschen Arbeitsmarkt aus. In den letzten Monaten ist aufgrund des Wirtschaftseinbruchs die Arbeitslosigkeit weltweit stark angestiegen. Doch anders als befürchtet, zeigt sich der deutsche Arbeitsmarkt bisher – vor allem im europäischen Vergleich – erstaunlich krisenresistent. Besonders das Instrument der Kurzarbeit scheint einen nicht unwesentlichen Beitrag zur relativ erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt beigetragen zu haben. Insgesamt 4,57 Milliarden Euro hat die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2009 für die Kurzarbeit ausgegeben. Geld, das offensichtlich gut angelegt ist: „Während die Arbeitslosenquote im EU-Durchschnitt in der Wirtschaftskrise auf fast zehn Prozent hochschnellte, blieb sie in Deutschland bei gut acht Prozent“.<sup>12</sup>

Im Rahmen der Studie wurden die Betriebsräte befragt, in welchem Umfang die Betriebe auf die Kurzarbeit zurückgreifen mussten und welche weiteren innerbetrieblichen Maßnahmen als Krisenreaktion in den einzelnen Unternehmen Anwendung fanden und immer noch finden.

#### 3.1 Kurzarbeit in Deutschland und im Land Bremen

Das Instrument der Kurzarbeit ist in Deutschland nicht wirklich neu (vgl. Abb. 31): Bereits vor Beginn der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise erlebte die Nachfrage nach Kurzarbeit zwei Höhepunkte. Nach der deutschen Wiedervereinigung konnten viele der ostdeutschen Betriebe die in der Marktwirtschaft notwendige Wettbewerbsfähigkeit nicht schnell genug entwickeln und mussten schließen. Der „Systemumbruch“ führte Anfang der 1990er Jahre zu einem massiven Stellenabbau im verarbeitenden Gewerbe. Durch die Einführung von „struktureller Kurzarbeit“ wurde versucht, den Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern zu stützen.

1993 geriet die westdeutsche Industrie in die Krise und erneut reagierten viele Unternehmen mit Kurzarbeit. Das dritte Hoch innerhalb der letzten 20 Jahre erreicht die Kurzarbeit in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise. Auffällig dabei: Die Anzahl der von Kurzarbeit betroffenen Personen war Anfang der 1990er Jahre sogar deutlich höher als im Jahr 2009. Damals waren aber erheblich weniger Betriebe betroffen als in der heutigen Krise.

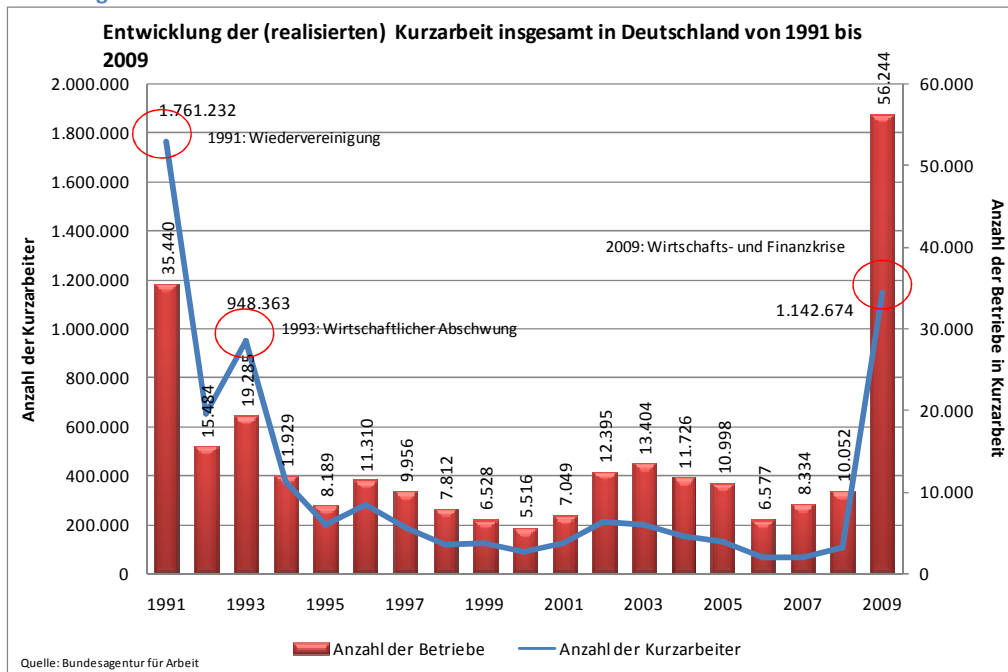
Kurzarbeitergeld können Unternehmen beantragen, die aufgrund einer schlechten Auftragslage ihre vorhandenen Personalkapazitäten nicht ausreichend auslasten können. Von dem Mangel an Arbeit muss allerdings mindestens ein Drittel der Belegschaft betroffen sein, zudem müssen gesammelte Überstunden zuvor in dem Unternehmen abgebaut worden sein. Der Zweck der Kurzarbeit besteht darin, den Betrieben über einen gewissen Zeitraum eingearbeitetes und qualifiziertes Personal zu bewahren und den Beschäftigten ihren Job. Erste ansatzweise mit der aktuellen Kurzarbeit vergleichbare Regelungen gibt es in Deutschland seit 1910. Arbeitnehmer in Kurzarbeit bekommen für die Tage, an denen nicht gearbeitet wird, 60 Prozent des Nettolohns von der Agentur für Arbeit überwiesen. Eltern von unterhaltspflichtigen Kindern erhalten 67 Prozent. Für

---

<sup>12</sup> Vgl. ÖCHSNER, THOMAS: Streit um eine staatliche Wohltat, in: Süddeutsche Zeitung vom 25.03.2010.

die Tage, an denen in den Betrieben normal gearbeitet wird, zahlt das Unternehmen hingegen den ganz normalen Lohn. Nur wer auf „Kurzarbeit null“ gesetzt ist, erhält allein das Geld von der Arbeitsagentur: Kurzarbeit bedeutet insgesamt also einen massiven Lohnverlust für die Arbeitnehmer.

Abbildung 31



### 3.1.1 Aktuelle Kurzarbeit in Deutschland

Im Dezember 2009 befanden sich deutschlandweit 52.900 Betriebe und rund 809.700 Arbeitnehmer in wirtschaftlich bedingter Kurzarbeit nach § 170 SGB III (konjunkturelle Kurzarbeit). Die Inanspruchnahme der konjunkturellen Kurzarbeit stieg vor allem in der ersten Jahreshälfte 2009 stark an und erreichte im Mai mit 1.516.451 Personen ihren Höhepunkt. Seit Mai nimmt die Kurzarbeit in Deutschland deutlich ab und halbierte sich bis zum Ende des Jahres 2009 nahezu (vgl. Abb. 32).

Auch das Anzeigevolumen zur Kurzarbeit hat sich im Jahresverlauf deutlich verringert. Im Februar 2010 wurde lediglich für 77.320 Personen konjunkturelle Kurzarbeit beantragt.

Im Bundesländervergleich gab es im Dezember 2009 deutliche regionale Unterschiede bezüglich der Betroffenheit von tatsächlich in Anspruch genommener konjunktureller Kurzarbeit nach § 170 SGB III: Die Kurzarbeiterquote (Anzahl der Kurzarbeiter nach § 170 SGB III bezogen auf alle sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten) reichte von 0,9 Prozent in Berlin bis zu 5,7 Prozent in Bremen. Bezogen auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist das Land Bremen also im Bundesländervergleich am stärksten von Kurzarbeit betroffen (vgl. Abb. 33).

Abbildung 32

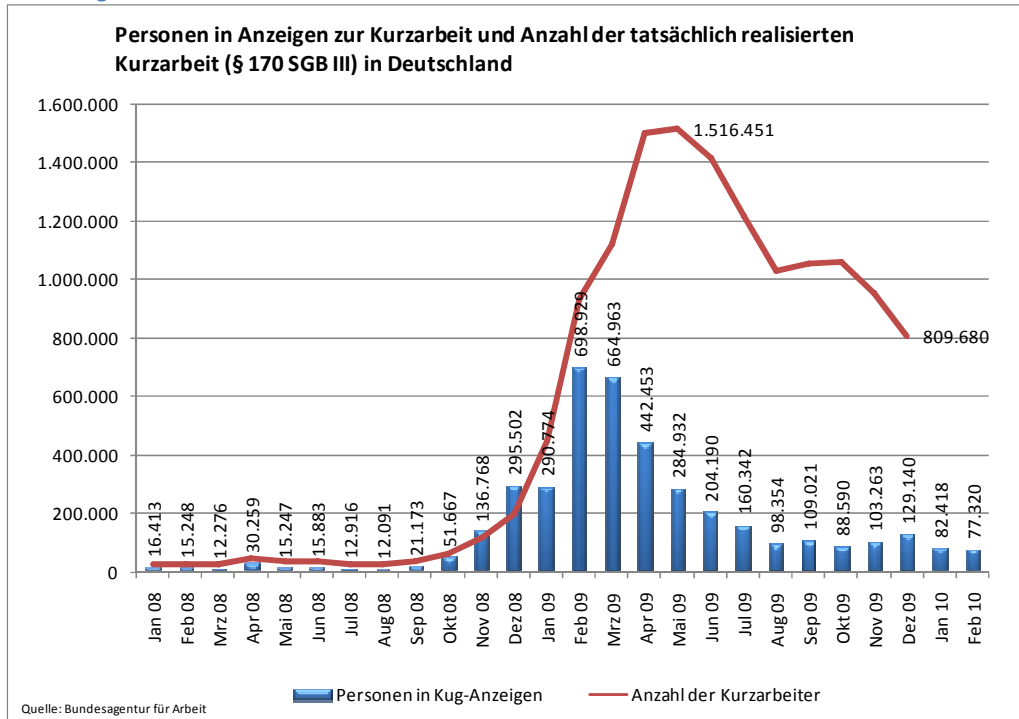
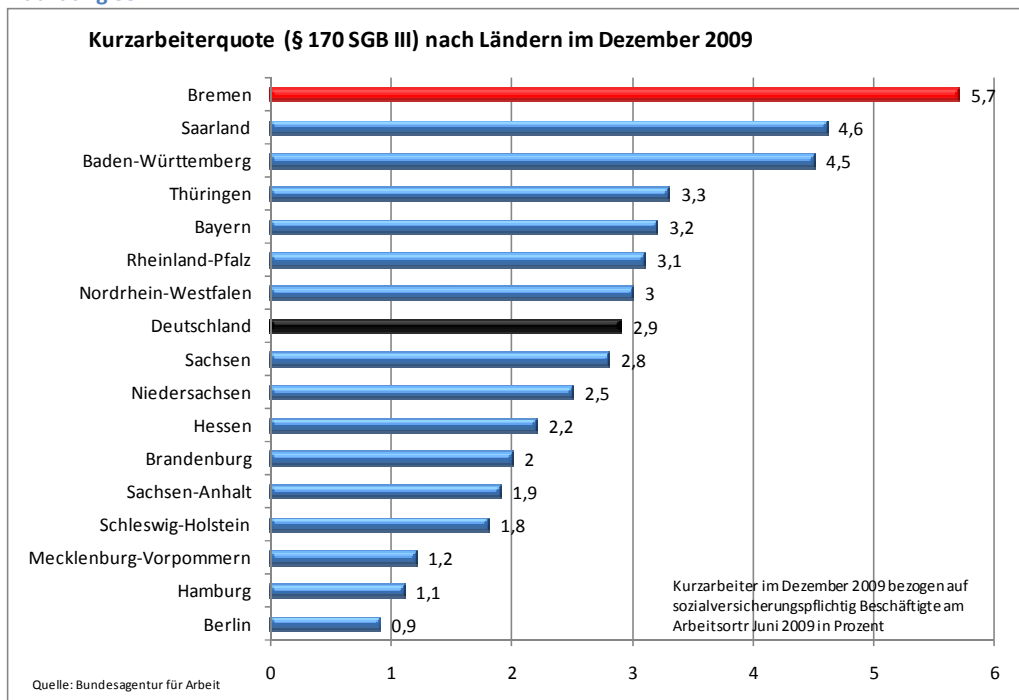


Abbildung 33



### 3.1.2 Kurzarbeit in den bremischen Unternehmen

Die hohe Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft spiegelt sich auch in den aktuellen Befragungsergebnissen der Arbeitnehmerkammer wider. Als wichtiger deutscher Industrie- und Hafenstandort mit einer hohen Exportquote ist das Land Bremen im besonderen Maße von der Krise betroffen. So auch die befragten Unternehmen: Rund 89 Prozent spüren nach eigenen Angaben die Krisenfolgen im eigenen Betrieb. In 30 Prozent der Fälle schätzen die Betriebsräte den Be-

troffenheitsgrad des eigenen Unternehmens sogar als „stark“, in 35 Prozent der Fälle als „mittelstark“ und in 24 Prozent der Fälle zumindest noch als „gering“ ein (vgl. Abb. 34).

Der hohe Betroffenheitsgrad der teilnehmenden Unternehmen von der Wirtschafts- und Finanzkrise zeichnet sich allerdings in den Fragen zur Kurzarbeit nur in Ansätzen ab. Gefragt wurde, ob im eigenen Betrieb aktuell kurzgearbeitet wird. Lediglich 25 von 147 Unternehmen (17 Prozent) bejahten dies. Besonders häufig wurde nach den Daten der Kammer im „verarbeitenden Gewerbe“ und im Wirtschaftsabschnitt „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ kurzgearbeitet. Von den insgesamt durch die Befragung erfassten 1.774 Kurzarbeitern war der Großteil im verarbeitenden Gewerbe (21 Prozent) und vor allem im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (72 Prozent) tätig (vgl. Abb. 35/36).

Abbildung 34

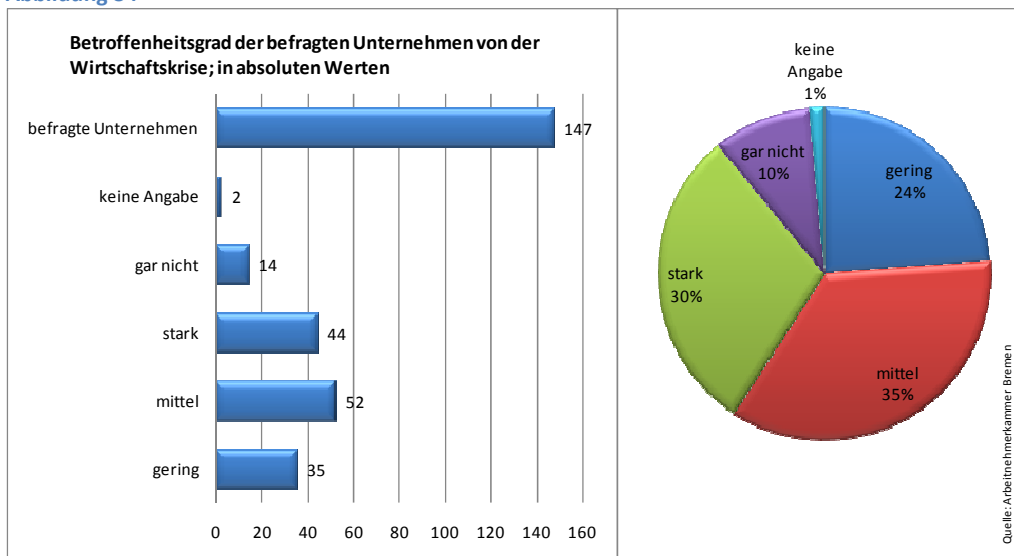


Abbildung 35

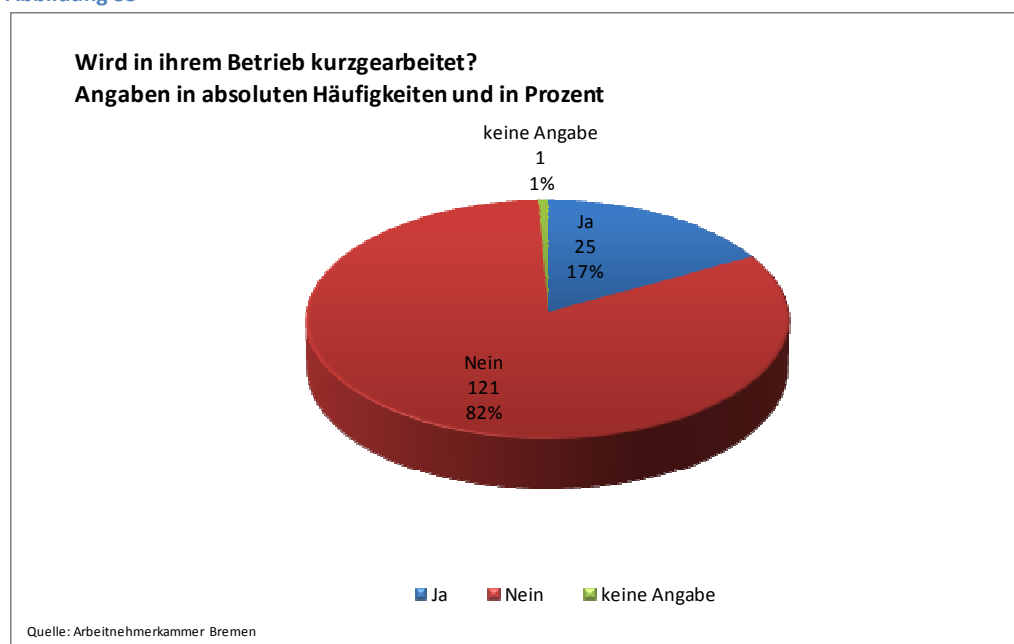
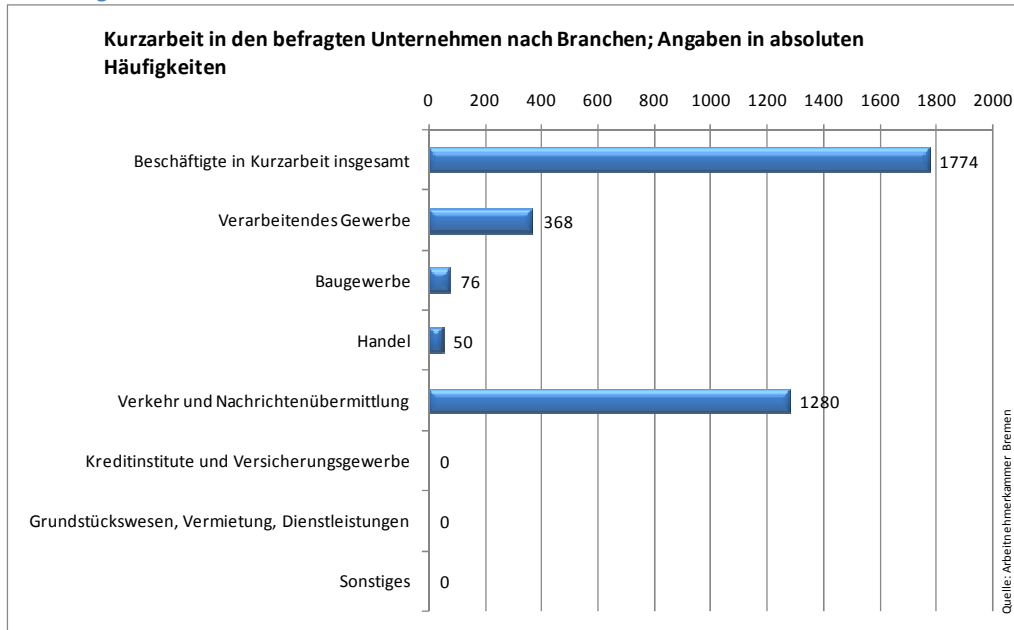


Abbildung 36



Die Betriebsräte wurden im Rahmen der Befragung ebenfalls gebeten anzugeben, wie lange in ihrem Betrieb noch kurzgearbeitet wird und ob sie nach dem Auslaufen der Kurzarbeit einen Beschäftigungsabbau im eigenen Unternehmen befürchten: 11 von 25 Betrieben, in denen aktuell kurzgearbeitet wird, bejahten die Gefahr eines drohenden Beschäftigungsabbaus mit dem Auslaufen der Kurzarbeit. Lediglich 8 Unternehmen nutzen die Kurzarbeit zur weiteren Qualifizierung der Beschäftigten (vgl. Abb. 37/38).

Abbildung 37

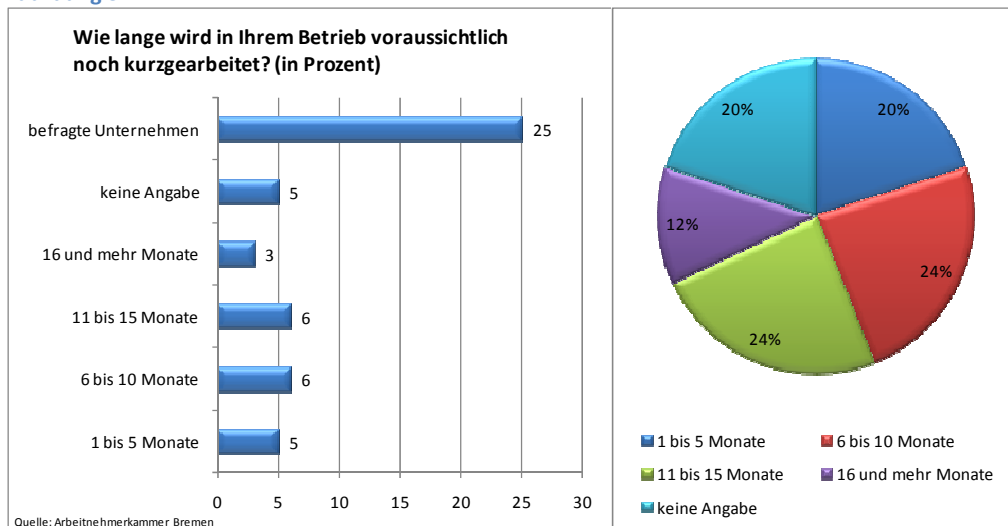


Abbildung 38

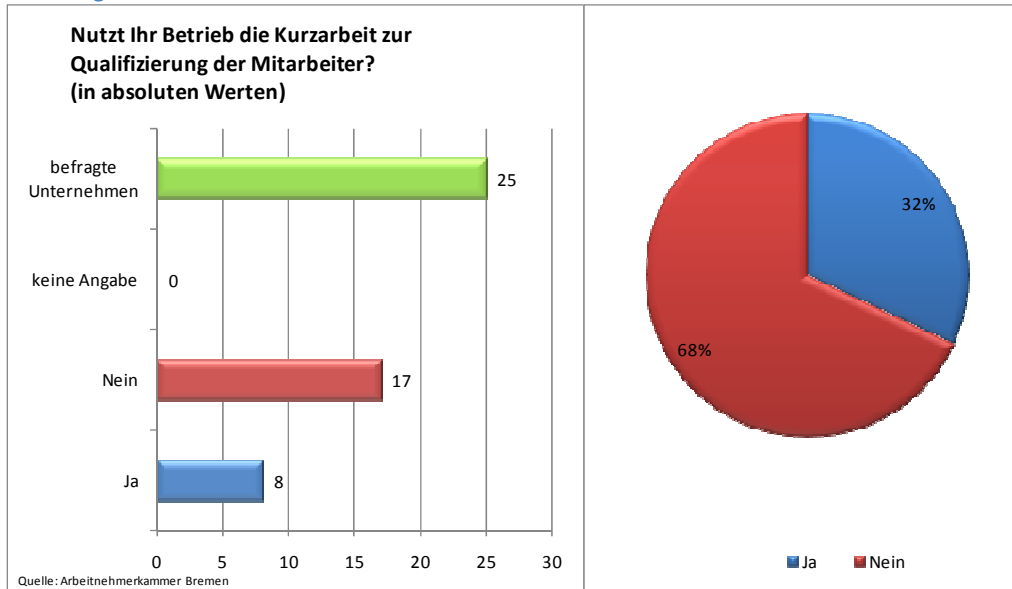
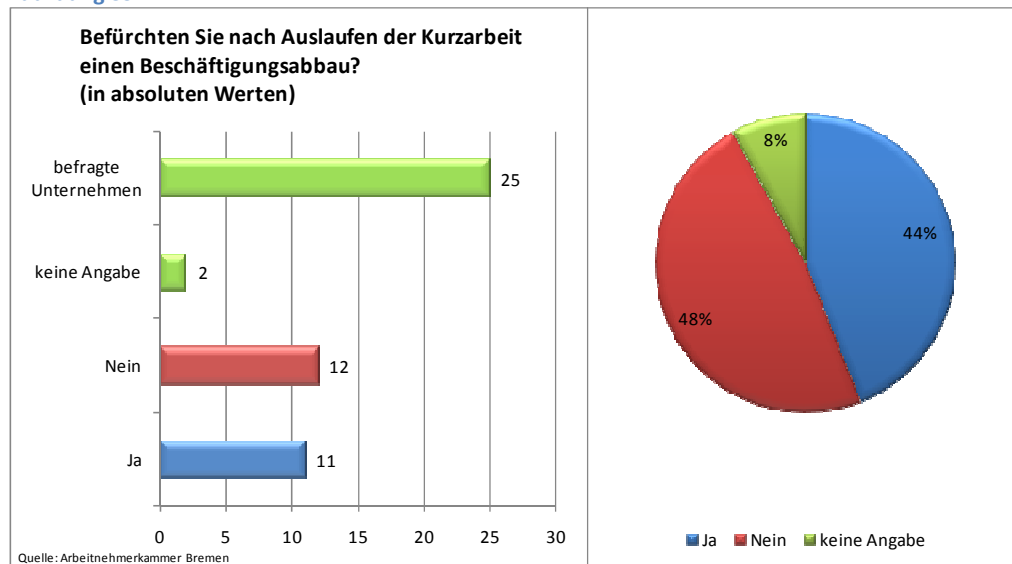


Abbildung 39



### 3.2 Betriebliche Maßnahmen als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise

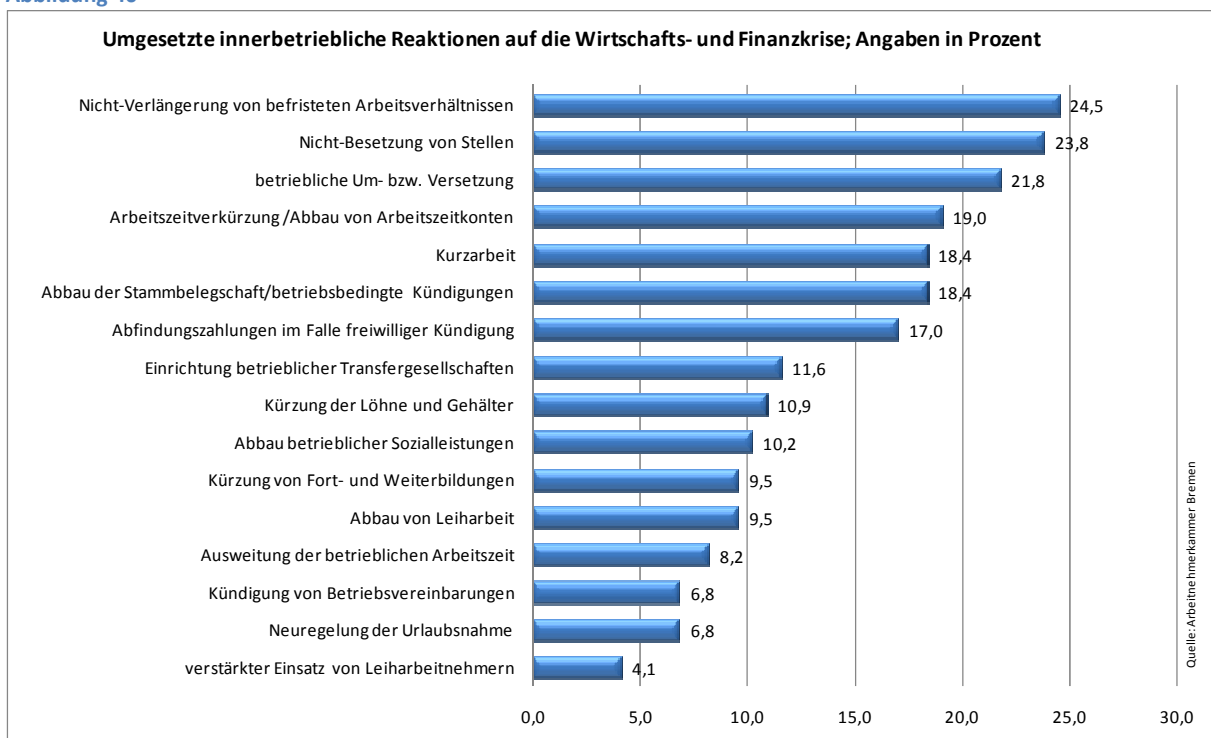
#### 3.2.1 Umgesetzte Maßnahmen

Die Kurzarbeit stellt mit Sicherheit das in der Öffentlichkeit und in den Medien am stärksten wahrgenommene „Kriseninterventionsinstrument“ in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise dar. Im Zuge der Wirtschaftskrise hat die Bundesregierung den Bezug von Kurzarbeitergeld, der normalerweise gesetzlich auf sechs Monate begrenzt war, auf maximal 24 Monate ausgeweitet. Neben der Kurzarbeit hat die Bundesregierung vor allem durch die milliardenschweren Konjunkturprogramme I und II sowie die neue Koalition – als eines ihrer ersten Gesetzesvorhaben – durch das viel diskutierte sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ versucht, den krisenbedingten Auftragseinbruch in den Unternehmen abzufedern. Neben den von staatlicher Seite initiierten Krisenreaktionen haben die Unternehmen aber auch aktiv zahlreiche weitere interne Anpassungsstrategien an die Wirtschafts- und Finanzkrise vorgenommen.

In den Bremer Betrieben konzentrierten sich die Strategien häufig auch auf die direkte oder indirekte Reduzierung des Personalbestandes, auf Maßnahmen zur Arbeitsflexibilisierung und auf die Realisierung von Einsparpotenzialen. Die Abbildung 40 gibt einen Überblick über die unternehmensinternen Strategien zur Krisenintervention in den befragten Betrieben:

Die in den meisten Betrieben umgesetzte Maßnahme war – noch mit deutlichem Abstand vor der Kurzarbeit (18,4 Prozent) – die „Nicht-Verlängerung von befristeten Arbeitsverhältnissen“. In rund einem Viertel der befragten Unternehmen wurde dieser Weg beschritten. An zweiter und dritter Stelle folgen mit rund 24 Prozent die „Nicht-Besetzung von Stellen“ sowie mit 22 Prozent die „betriebliche Um- bzw. Versetzung“. Erst an vierter Stelle werden die „Arbeitszeitverkürzung bzw. der Abbau von Arbeitszeitkonten“ angeführt (19 Prozent). Auch über die „Ausweitung der betrieblichen Arbeitszeit“ (8,2 Prozent) und die „Neuregelung der Urlaubsnahme“ (6,8 Prozent) erfolgte eine Anpassung der Arbeitsstunden an das veränderte Auftragsvolumen. Viele Unternehmen konnten aber einen direkten Abbau der Beschäftigung nicht umgehen und mussten in 18,4 Prozent der Fälle mit dem „Abbau der Stammebelegschaft durch betriebsbedingte Kündigungen“ reagieren. 17 Prozent der Unternehmen versuchten durch „Abfindungszahlungen im Falle freiwilliger Kündigung“ den Personalbestand den verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. In rund 12 Prozent der Fälle wurden „betriebliche Transfergesellschaften“ gegründet.

Abbildung 40



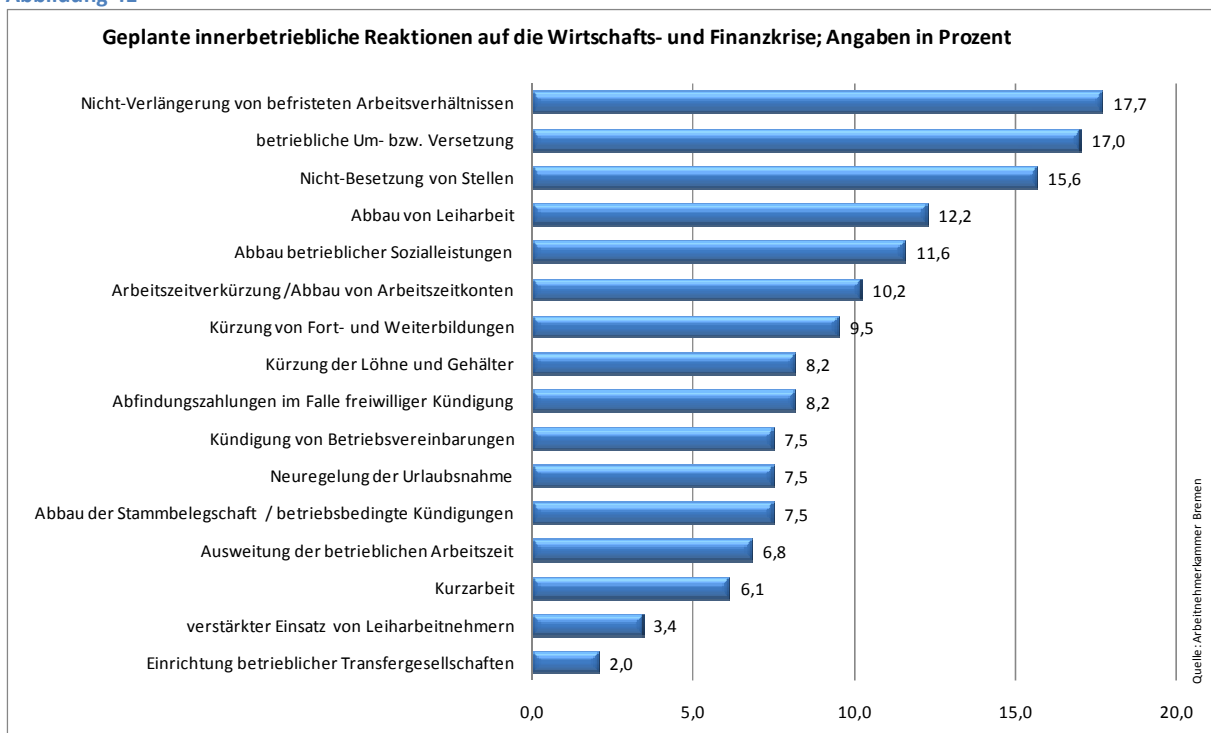
Die weiteren in den befragten Unternehmen gefahrenen Strategien zur Krisenintervention zielten oftmals auf eine Verbesserung der Kostensituation durch Einsparungen ab: 11 Prozent der Betriebsräte berichten über eine „Kürzung der Löhne und Gehälter“, 10,2 Prozent von einem „Abbau betrieblicher Sozialleistungen“ und rund 10 Prozent beklagten die „Kürzung von Fort- und Weiterbildungen“ sowie die „Kündigung von Betriebsvereinbarungen“ (6,8 Prozent). Während in rund 10 Prozent der teilnehmenden Unternehmen mit dem „Abbau der Leiharbeit“ reagiert wurde, bauten rund 4 Prozent den Einsatz von Leiharbeitnehmern aus.

Die Hoffnung, dass Unternehmen in der aktuellen Krise überwiegend zunächst Instrumente der Beschäftigungssicherung einsetzen, bevor sie zu Entlassungen greifen, kann somit nach den vorliegenden Ergebnissen der Studie zumindest im Bezug auf die befragten Unternehmen nur zum Teil bestätigt werden: Zwar nutzen bisher zum Beispiel – wie aufgezeigt – 18,4 Prozent der befragten Unternehmen das Instrument der „Kurzarbeit“, ebenso viele Unternehmen (und häufig dieselben) reagierten allerdings bereits auch mit einem „Abbau der Stammebelegschaft“. 25 Prozent der Unternehmen bauten zudem bereits durch die „Nicht-Verlängerung von befristeten Arbeitsverhältnissen Beschäftigung“ ab – deutlich mehr, als die, die Kurzarbeit einsetzen.

### 3.2.2 Geplante Maßnahmen

Neben den bereits umgesetzten Maßnahmen wurden die Betriebsräte von der Arbeitnehmerkammer Bremen zusätzlich zu den „geplanten innerbetrieblichen Reaktionen“ befragt (vgl. Abb. 41). Auffällig ist dabei zunächst einmal, dass bei den befragten Unternehmen die Anzahl der geplanten Maßnahmen deutlich geringer ist als die Anzahl der bereits umgesetzten: Von den 147 befragten Unternehmen wurden bei der Möglichkeit der Mehrfachnennung 286 Einzelmaßnahmen genannt, die bereits umgesetzt wurden. Hingegen wurden lediglich insgesamt 196 geplante Maßnahmen von den Betriebsräten angeführt.

Abbildung 41



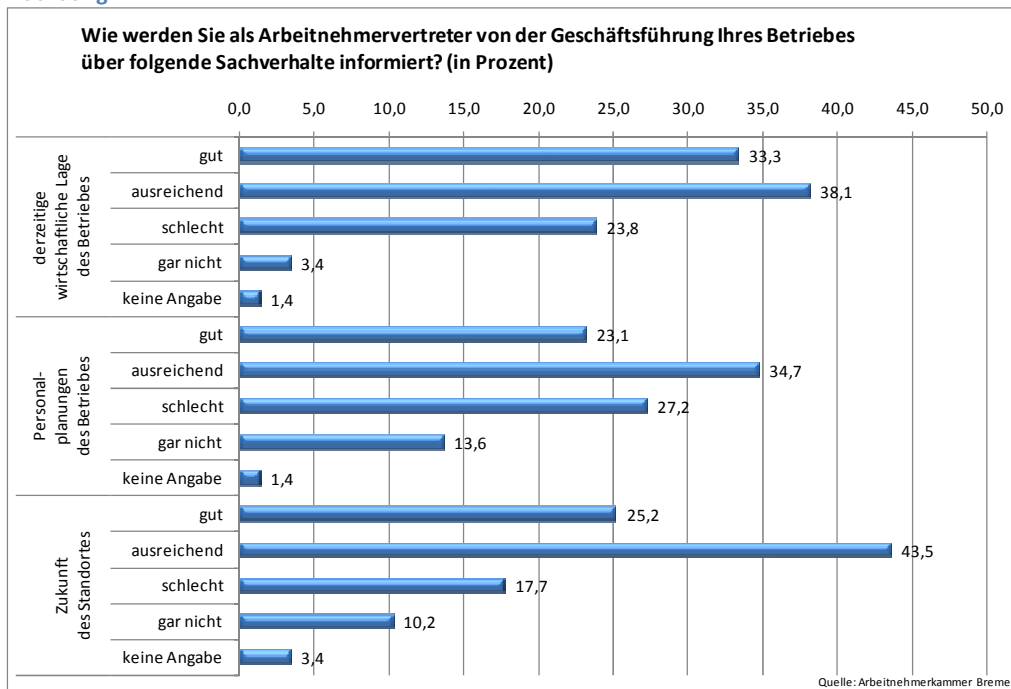
Dennoch: Wie schon bei den umgesetzten Maßnahmen wurde in der Erhebung die „Nicht-Verlängerung von befristeten Arbeitsverhältnissen“ mit fast 18 Prozent am häufigsten genannt. An zweiter und dritter Stelle rangieren mit 17 Prozent die „betriebliche Um- bzw. Versetzung“ und mit rund 16 Prozent die „Nicht-Besetzung von offenen Stellen“. In etwa entspricht diese Reihenfolge der geplanten Maßnahmen der Reihenfolge der bereits umgesetzten. Da einige der Maßnahmen auch nur einmalig in einem Unternehmen umgesetzt werden können, ist die Abnahme der Maßnahmenanzahl durchaus erklärbar: So gehen auch nur noch rund 12 Prozent der Betriebsräte von einem „Abbau betrieblicher Sozialleistungen“, rund 10 Prozent von einer „Arbeitszeitverkürzung/Abbau von Arbeitszeitkonten“ und 9,5 Prozent von einer „Kürzung der Fort-

und Weiterbildungen“ aus. 8,2 Prozent der Betriebsräte erwarten eine Kürzung der „Löhne und Gehälter“. Überraschend und zugleich erfreulich ist, dass lediglich noch 7,5 Prozent von einem „Abbau der Stammbeschaft/betriebsbedingte Kündigungen“ ausgehen. Die weitere Verteilung der geplanten Maßnahmen ist der Abbildung 41 zu entnehmen.

### 3.3 Betriebsratsarbeit in der Wirtschafts- und Finanzkrise

Neben der Einschätzung der Auswirkung der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die regionale Wirtschaft und die Beschäftigungssituation im Land Bremen aus Sicht der Betriebsräte war zudem ein wichtiges Ziel der Befragung, eine Bestandsaufnahme der Krisenauswirkungen auf die betriebliche Mitbestimmung zu gewinnen. Der Zugang zu unternehmensrelevanten Informationen stellt eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Mitbestimmungs- und Vertretungsarbeit der Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben dar. Die Betriebsräte wurden daher gebeten, einzuschätzen, wie die Arbeitnehmervertretungen von der Geschäftsführung über unterschiedliche betriebsbezogene Sachverhalte informiert werden: Über die „derzeitige wirtschaftliche Lage des Betriebes“ fühlen sich erfreulicherweise rund 33 Prozent der Betriebsräte „gut“ und rund 38 Prozent zumindest „ausreichend“ informiert (insgesamt: 71,4 Prozent). Bei gut 24 Prozent der Unternehmen informiert die Geschäftsführung die Betriebsräte allerdings „schlecht“, in 3,4 Prozent der Fälle erhalten sie sogar keinerlei Informationen (vgl. Abb. 42).

Abbildung 42

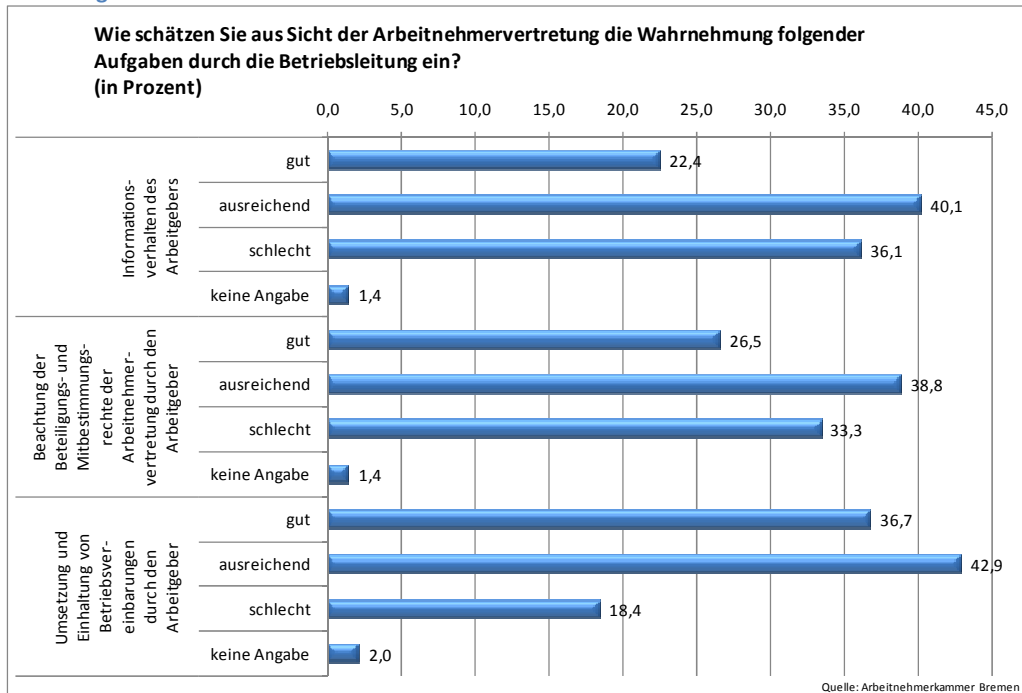


Deutlich schlechter gestaltet sich nach den Befragungsergebnissen das Informationsverhalten der Geschäftsführungen hinsichtlich der Personalplanungen: Nur noch rund 57,8 Prozent der Betriebsräte werden hier nach eigener Einschätzung „gut“ (23,1 Prozent) beziehungsweise „ausreichend“ (34,7 Prozent) informiert. Über ein Viertel (27,2 Prozent) fühlt sich „schlecht“ informiert, 14 Prozent erhalten hier sogar keinerlei Informationen.

Über die „Zukunft des Standortes“ fühlen sich rund 69 Prozent der Betriebsräte „gut“ (25,2 Prozent) beziehungsweise „ausreichend“ (43,5 Prozent) informiert. Fast 18 Prozent der Betriebsräte werden aber „schlecht“ und rund 10 Prozent „gar nicht“ informiert.

Das Informationsverhalten der Arbeitgeber gegenüber den Betriebsräten in den befragten Unternehmen lässt sich aufgrund der Befragungsergebnisse durchaus kritisch bewerten: Insgesamt bezeichnen 36,1 Prozent der Betriebsräte das Informationsverhalten ihres Arbeitgebers als „schlecht“. 40,1 Prozent bewerten dieses zumindest als „ausreichend“. 22,4 Prozent fühlen sich hingegen „gut“ informiert.

Abbildung 43

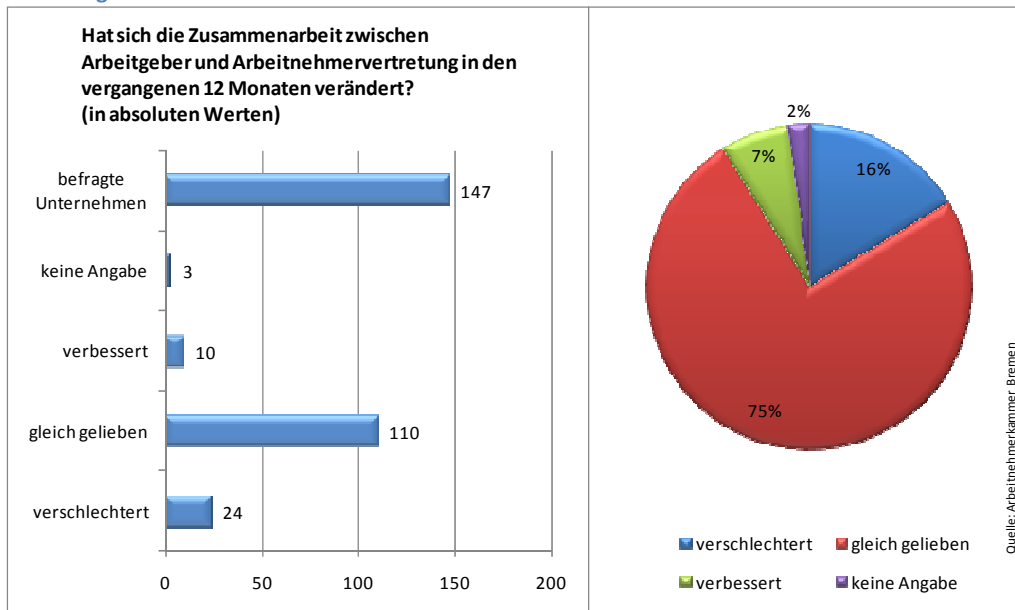


Trotz der sehr differenzierten Beurteilung des Informationsverhaltens der Arbeitgeber bezeichnen dennoch rund 65 Prozent der Betriebsräte in der Summe die „Beachtung von Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmervertreter durch den Arbeitgeber“ als „gut“ (26,5 Prozent) beziehungsweise „ausreichend“ (38,8 Prozent). 33 Prozent sehen hier einen deutlichen Verbesserungsbedarf und bewerten diese als „schlecht“. Die „Umsetzung und Einhaltung von Betriebsvereinbarungen durch den Arbeitgeber“ sehen sogar rund 79 Prozent als erfüllt (gut: 36,7 Prozent; ausreichend: 42,9 Prozent). 18,4 Prozent bezeichnen die Umsetzung und Einhaltung als unzureichend und vergeben die Note „schlecht“ (vgl. Abb. 43).

Die angespannte wirtschaftliche Situation ließ die Arbeitnehmerkammer Bremen bei der Erarbeitung des Fragebogens vermuten, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretungen aufgrund der Krise in den letzten zwölf Monaten deutlich verschlechtert haben könnte. Diese Vermutung fand in den Ergebnissen weitgehend keine Bestätigung: Der ganz überwiegende Teil der Betriebsräte (75 Prozent) sah – ob vorher die Zusammenarbeit als „gut“ oder auch „schlecht“ zu bewerten war – keine Veränderung in der Qualität der Zusammenarbeit. Für 7 Prozent der Betriebsräte verbesserte sich sogar die Situation. Allerdings gaben auch 16 Prozent der Betriebsräte an, dass sich die Zusammenarbeit in den letzten zwölf Monaten verschlechtert habe (vgl. Abb. 44).

Insgesamt lassen die Befragungsergebnisse keine abschließende Bewertung über die Güte der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretungen beziehungsweise das Informationsverhalten der Arbeitgeber zu: In vielen Fällen funktioniert die Zusammenarbeit gut, in den meisten Fällen scheint eine Verbesserung möglich oder sogar zwingend erforderlich zu sein. Dabei liegt eine enge und gute Zusammenarbeit auch im ökonomischen Interesse der Betriebe: Studien belegen, dass der enge Einbezug der Arbeitnehmervertretungen in Entscheidungsprozesse auch klare wirtschaftliche Vorteile für die Unternehmen birgt: Es besteht durchaus ein Zusammenhang zwischen Innovationen und Mitbestimmung.<sup>13</sup> Vor diesem Hintergrund scheint es in den Bremer Betrieben deutliche Verbesserungspotenziale zu geben.

Abbildung 44



#### 4. Dritter Themenblock: Beratungsbedarf und Handlungsempfehlungen der Betriebsräte

##### 4.1 Aktuelle Themen der Betriebsratsarbeit

Ein zentrales Anliegen der Befragung war es, einen Überblick über aktuelle Themen der Betriebsratsarbeit in der Wirtschafts- und Finanzkrise zu gewinnen. Die Abbildung 45 fasst die Ergebnisse zusammen. Die im Rahmen der Studie aufgenommenen 371 Einzelnennungen wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit gruppiert. Die Liste der Themen, mit denen sich die Betriebsräte in den letzten zwölf Monaten am häufigsten konfrontiert sahen, wird eindeutig von den unmittelbaren Krisenfolgen bestimmt: Als zentraler Schwerpunkt der Betriebsratsarbeit der letzten Monate kristallisierten sich in rund 16 Prozent der Fälle Themen rund um die „Arbeitszeit“ heraus: Während es in einigen Unternehmen vornehmlich um den Abbau von Arbeitskonten, um „Unterlastung“ der Betriebe und den Abbau von Überstunden ging, zeigt sich in anderen Unternehmen eine zunehmende Arbeitsverdichtung pro Arbeitnehmer, deutliche Mehrarbeit und eine zunehmende Arbeitsüberlastung. Über die Gründe für diese Entwicklung kann an dieser Stelle lediglich gemutmaßt werden: Während in einigen Betrieben aufgrund der schlechten Auftragslage Beschäftigung abgebaut wurde und immer noch wird, zögern in anderen Fällen die Unternehmen – aufgrund der noch immer unsicheren Konjunkturlage – mit einem Beschäftigungsaufbau und

<sup>13</sup> Vgl. SCHWARZ-KOCHER, MARTIN U.A. (2010): Betriebsratshandeln im Modus arbeitsorientierter Innovationsprozesse, in: WSI-Mitteilungen 2/2010.

versuchen, vorhandene Aufträge durch Mehrarbeit zu bedienen. Am zweithäufigsten wurde mit 15,1 Prozent die Themengruppe „Personalbestand“ angeführt: Hier ging es um „Kündigungen“, „Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung“ und um den „geplanten Personalabbau“ in den Betrieben. Mit 11,1 Prozent folgt die Themengruppe rund um „Lohn- und Gehaltsfragen“. Nach Angaben der Betriebsräte kam es als eine unmittelbare Krisenfolge aufgrund von Kurzarbeit, Stundenreduzierung oder unbezahlter Mehrarbeit in den Betrieben zu Lohn- und Gehaltskürzungen.

Die Kurzarbeit spielte in 6,2 Prozent der Betriebe eine Rolle, gefolgt von Themen wie „Outsourcing, Umstrukturierungsmaßnahmen und Ausgründungen“ (5,7 Prozent) sowie „Betriebsänderung, Insolvenz, Verkauf, Standortsicherung, Transfergesellschaften“ – Themen, die unmittelbar die Zukunft des Standortes Bremen infrage stellen. Weitere Themen der aktuellen Betriebsratsarbeit sind der Abbildung 45 zu entnehmen.

Abbildung 45: Aktuelle Themen der Betriebsrätearbeit

Thema	absolute Häufigkeiten	in Prozent
Arbeitszeit, Arbeitszeitflexibilisierung, Arbeitsbelastung, Erhöhung des Leistungsdrucks	60	16,2
Personalbestand (Kündigungen, geplanter Personalabbau, Beschäftigungssicherung usw.)	56	15,1
Lohn- und Gehaltsfragen, Tariffragen, tarifliche Eingruppierung	41	11,1
Kurzarbeit	23	6,2
Outsourcing, Umstrukturierung, Verlagerung, Ausgründung	21	5,7
Arbeits- und Gesundheitsschutz, Krankheit, BEM, allg. Sicherheitsfragen	17	4,6
Betriebsänderung, Insolvenz, Verkauf, Standortsicherung, Transfergesellschaften	16	4,3
Betriebliche Um- bzw. Versetzung	12	3,2
Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise	10	2,7
EDV, Einführung neuer technischer Systeme, Datenschutz	9	2,4
Altersteilzeit, Vorruhestandsregelungen, Rente	9	2,4
Betriebsvereinbarungen (nicht näher spezifiziert)	9	2,4
Allg. Mitbestimmungsrechte; Grundsatzfragen der Betriebsrätearbeit	7	1,9
Kosteneinsparungsmaßnahmen, Rationalisierung	7	1,9
Allg. Personalangelegenheiten, Personalentwicklung	7	1,9
Interessenausgleich und Sozialpläne	7	1,9
Soziales und Mobbing	6	1,6
Personaleinstellungen	6	1,6
Arbeitsverträge	5	1,3
Fort- und Weiterbildung, Qualifizierung von Mitarbeitern, Ausbildung und AZUBIS	5	1,3
Zeugnisse, Beurteilungen, Mitarbeitergespräche	5	1,3
Urlaub	5	1,3
Betriebsklima	4	1,1
Sonstiges	24	6,5
<b>SUMME DER THEMEN INSGESAMT</b>	<b>371</b>	<b>100,0</b>

## 4.2 Beratungsbedarf der Betriebsräte

Neben den aktuellen Themen der Arbeitnehmervertretungsarbeit wurden die Betriebsräte ebenfalls gebeten, ihren aktuellen Beratungsbedarf zu benennen. Allein schon das breite Spektrum der genannten Themen macht deutlich, dass das Beratungsangebot von Gewerkschaften und Arbeitnehmerkammer eine wichtige Aufgabe darstellt. Insgesamt wurde in der Befragung ein Beratungsbedarf in 115 Themen genannt, die wiederum in der Abbildung 46 zu einzelnen Themengruppen zusammengefasst wurden.

Abbildung 46: Beratungsbedarfe der Betriebsräte

Thema	absolute Häufigkeiten	in Prozent
Arbeits- und Gesundheitsschutz, Krankheit, BEM, allg. Sicherheitsfragen	11	9,6
Arbeitszeit, Arbeitszeitflexibilisierung, Arbeitsbelastung, Erhöhung des Leistungsdrucks	9	7,8
Beratung in betriebswirtschaftlichen Kennzahlen/allgemeine Beratung	9	7,8
Allg. Mitbestimmungsrechte; Grundsatzfragen der Betriebsrätearbeit	8	7,0
Betriebsänderung, Insolvenz, Verkauf, Standortsicherung, Transfergesellschaften	8	7,0
Personalbestand (Kündigungen, geplanter Personalabbau, Beschäftigungssicherung usw.)	7	6,1
Lohn- und Gehaltsfragen, Tariffragen, tarifliche Eingruppierung	7	6,1
Interessenausgleich und Sozialpläne	4	3,5
Kurzarbeit	4	3,5
Soziales und Mobbing	4	3,5
Arbeitnehmerrechte	4	3,5
Arbeitsverträge	3	2,6
Fort- und Weiterbildung, Qualifizierung von Mitarbeitern, Ausbildung und AZUBIS	3	2,6
Betriebsvereinbarungen (nicht näher spezifiziert)	3	2,6
Outsourcing, Umstrukturierung, Verlagerung, Ausgründung	3	2,6
Betriebsratswahlen	3	2,6
Rechtsberatung	3	2,6
Ältere Arbeitnehmer	3	2,6
Leiharbeit	3	2,6
EDV, Einführung neuer technischer Systeme, Datenschutz	2	1,7
Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise	2	1,7
Arbeitnehmerkammer als Kommunikationsplattform etablieren	2	1,7
Altersteilzeit, Vorruhestandsregelungen, Rente	1	0,9
Zeugnisse, Beurteilungen, Mitarbeitergespräche	1	0,9
Betriebsklima	1	0,9
Urlaub	1	0,9
Betriebliche Um- bzw. Versetzung	1	0,9
Sonstiges	5	4,3
<b>SUMME DER THEMEN INSGESAMT</b>	<b>115</b>	<b>100,0</b>

Anders allerdings, als es zu erwarten gewesen war, stellt das wichtigste Beratungsthema nicht eine unmittelbare Krisenfolge dar, sondern mit rund 10 Prozent die Themengruppe „Arbeits- und Gesundheitsschutz, Krankheit, Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)“. Erst an zweiter Stelle wird mit rund 7,8 Prozent das Thema „Arbeitszeit, Arbeitszeitflexibilisierung, Arbeitsbelastung und Erhöhung des Leistungsdrucks“ genannt. Voraussetzung für eine effektive Interessen-

vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellt das Verständnis betriebswirtschaftlicher Kennzahlen dar. Analog zu dieser hohen Bedeutung nimmt die „Beratung in betriebswirtschaftlichen Kennzahlen/allgemeine Beratung“ mit ebenfalls 7,8 Prozent die dritte Position ein. Als aktuelle Beratungsbedarfe, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise stehen, sind mit 7 Prozent die Themengruppe „Betriebsänderung, Insolvenz, Verkauf usw.“, mit jeweils 6,1 Prozent „Personalbestand“ und „Lohn- und Gehaltsfragen“ sowie mit jeweils 3,5 Prozent „Interessenausgleich und Sozialpläne“ und „Kurzarbeit“ zu nennen. Die hohe Bedeutung des Beratungsbedarfs in eher krisenunabhängigen Themen zeigt, dass auch in der Krise „alltägliche“ Problemlagen in den Betrieben nicht an Bedeutung verloren haben. Grund hierfür könnten unter anderem zudem die zum Zeitpunkt der Befragung anstehenden Betriebsratswahlen sein.

### 4.3 Bewertung der politischen Krisenintervention

Die Krisenintervention in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise konnte nach den vorliegenden Befragungsergebnissen aus Sicht der Betriebsräte nicht überzeugen und ist vermutlich auch als eine Bewertung der neuen Regierungskoalition zu verstehen: Auf die Frage, ob die Politik angemessen auf die Krisensituation reagiert hat, antworteten rund 72 Prozent der befragten Betriebsräte mit „Nein“. 20 Prozent bejahten diese Frage, 8 Prozent enthielten sich einer Beurteilung (vgl. Abb. 47).

Abbildung 47

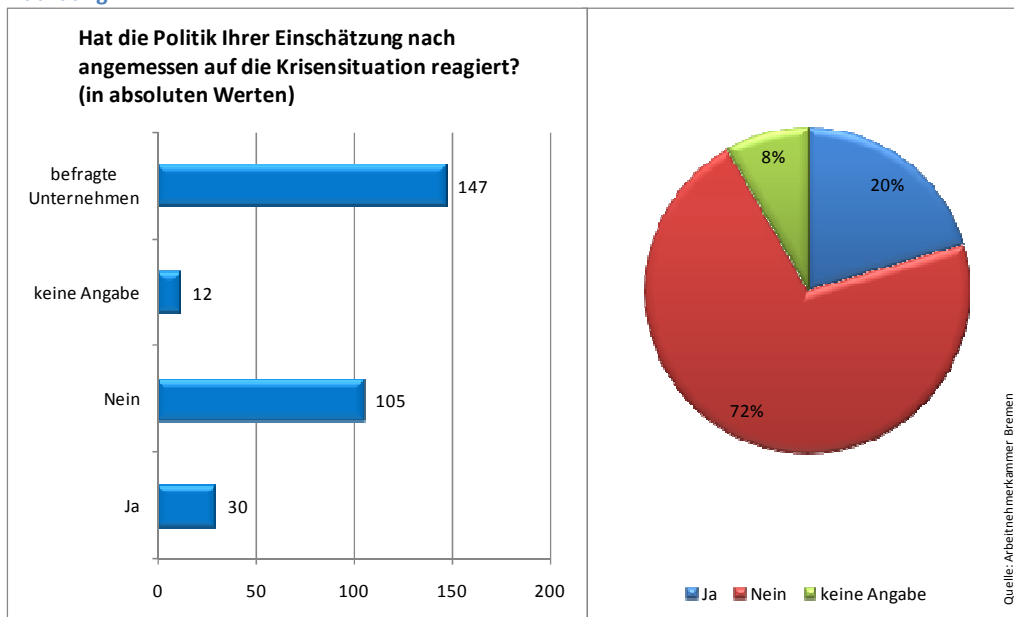
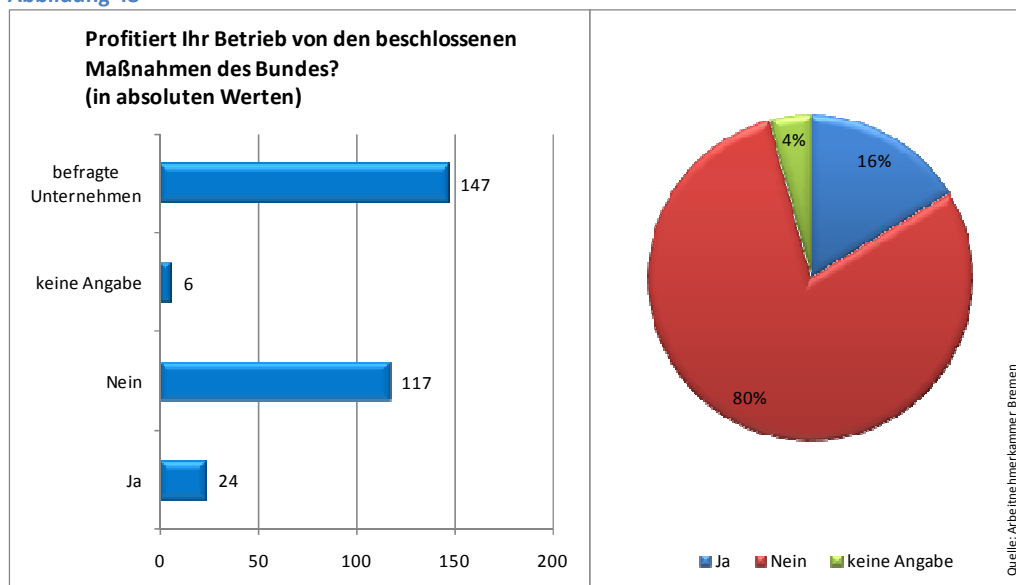


Abbildung 48



Die Beantwortung der Frage, ob die eigenen Betriebe nach Einschätzung der Betriebsräte von den beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung profitiert haben, ergibt ein ganz ähnliches Bild: Wieder verneinte mit 80 Prozent der Großteil der Betriebsräte diese Frage und sah für den eigenen Betrieb keinen konkreten Nutzen der beschlossenen Maßnahmen. 16 Prozent bejahten diese Frage, rund 4 Prozent machten hier keine Angaben (vgl. Abb. 48).

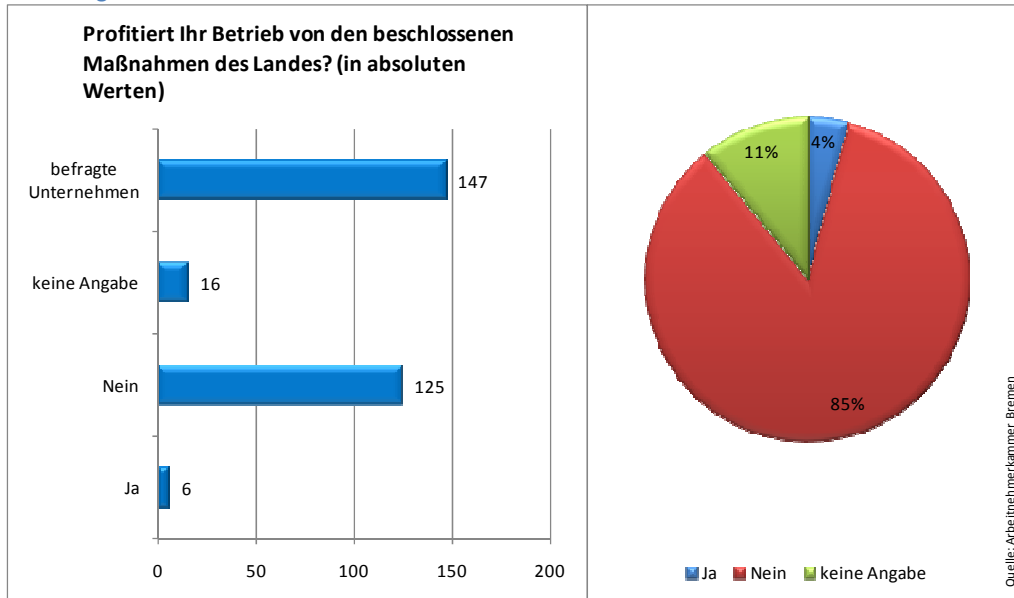
Der Abbildung 49 ist zu entnehmen, von welchen Maßnahmen der Bundesregierung die befragten Unternehmen profitierten: Entsprechend der geringen Zahl der Betriebsräte, die ihrer Einschätzung nach überhaupt einen Nutzen der Maßnahmen für ihren Betrieb sahen, fällt diese Übersicht aus: Rund 87 Prozent der Betriebsräte machten hier keine Angaben. Sieben Unternehmen profitierten von der Kurzarbeit, drei von den beschlossenen Konjunkturpaketen und jeweils lediglich zwei von der Abwrackprämie.

Abbildung 49: Maßnahmen des Bundes

Maßnahmen	absolute Häufigkeiten	in Prozent
befragte Unternehmen insgesamt	147	100,0
Kurzarbeit	7	4,8
Abwrackprämie	2	1,4
Verlängerung der Kurzarbeit	2	1,4
Ausbau Breitband	1	0,7
Krippenausbau	1	0,7
Bildungsgutschein	1	0,7
Konjunkturpakete	3	2,0
Staatshilfe, SOFIN	1	0,7
Umweltprämie	1	0,7
keine Angabe	128	87,1

Noch weniger profitierten, nach Einschätzung der Betriebsräte, die Unternehmen von den beschlossenen Maßnahmen des Landes, obwohl das Land Bremen bei der Mittelvergabe aus den Konjunkturprogrammen im Bundesländervergleich führend ist (vgl. Abb. 50):

Abbildung 50



Nach Angaben der Senatorin für Finanzen sind in Bremen „knapp 96 Prozent der Konjunkturprogramm-Mittel bereits freigegeben, rund 82 Prozent der Maßnahmen des Programms sind in Bremen und Bremerhaven angelaufen beziehungsweise abgeschlossen. Von den bisher vergebenen Mitteln (Stand 8. Januar 2010) gingen 83 Prozent an Firmen aus Bremen, Bremerhaven oder dem Umland beider Städte“. <sup>14</sup> Von diesen „begünstigten“ Firmen gehörten allerdings allem Anschein nach die allerwenigsten zur Grundgesamtheit dieser Befragung: Lediglich 4 Prozent der Betriebsräte gaben an, dass das eigene Unternehmen von den Landesmaßnahmen profitieren konnte. Um welche konkreten Maßnahmen es sich hierbei handelt, konnte anhand der Befragungsergebnisse nicht nachvollzogen werden.

Der geringe „Betroffenheitsgrad“ ist angesichts der Branchenzugehörigkeit der befragten Unternehmen sowie der angestrebten Mittelvergabe nicht weiter verwunderlich: Der Schwerpunkt des Konjunkturprogramms lag im Land Bremen im Bereich der Bildung: „65 Prozent der Mittel werden in Kindergärten, Schulen und Hochschulen investiert – in energetische Gebäudesanierung, bessere Ausstattung naturwissenschaftlicher Unterrichtsräume und in die wirtschaftsnahe Forschungsinfrastruktur.“ <sup>15</sup>

#### 4.4 Handlungsempfehlungen der Betriebsräte

Angesichts des Ausmaßes der Wirtschafts- und Finanzkrise verwundert es nicht, dass sich viele der Handlungsempfehlungen der Betriebsräte genau mit dieser Problematik beschäftigen. Die Abbildung 51 vermittelt eine Übersicht über die im Rahmen der Befragung gemachten Angaben. Insgesamt wurden von den 147 befragten Betriebsräten 142 Empfehlungen ausgesprochen.

<sup>14</sup> Vgl. SENATORIN FÜR FINANZEN (2010): Bremen belegt Spitzenplatz beim Mittelabfluss des Konjunkturprogramms; Pressemitteilung vom 25.1.2010.

<sup>15</sup> Vgl. SENATORIN FÜR FINANZEN: Schub für Investitionen in Bremen und Bremerhaven (<http://finanzen.bremen.de>).

Abbildung 51: Handlungsempfehlungen der Betriebsräte

Thema	absolute Häufigkeiten	in Prozent
Maßnahmen zur Beschäftigungs- und Standortsicherung; öffentliche Investitionen	26	18,3
Regulierung /Beschränkung des Finanzsektors; Haftbarmachung des Finanzsektors; Regulierung der Börsen	17	12,0
Löhnerhöhungen; Lohngerechtigkeit; Kaufkraftstärkung; Steuergerechtigkeit	16	11,3
Verhinderung prekärer Beschäftigung	15	10,6
Einführung eines Mindestlohns	14	9,9
Verbesserte Förderbedingungen für klein- und mittelständische Unternehmen; Stärkung regionaler Betriebe; Verbesserung der Rahmenbedingungen	12	8,5
Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen; Sicherung der Sozialversicherungssysteme	6	4,2
Förderung Bildung/Weiterbildung	4	2,8
Neue Arbeitszeitmodelle/Arbeitszeitregelungen	4	2,8
Erhalt und Stärkung von Arbeitnehmerrechten	3	2,1
Änderung von Hartz IV; Änderung arbeitsmarktpolitischer Instrumente	3	2,1
Begrenzung der Ausgaben; Sparen	3	2,1
Sonstiges	19	13,4
SUMME:	142	100,0

Zur besseren Veranschaulichung wurden die Einzelnennungen wieder zu Themengruppen zusammengefasst: Rund 18 Prozent der Empfehlungen bezogen sich in unterschiedlicher Form auf die Themengruppe „Beschäftigungs- und Standortsicherung“. Neben eher allgemeinen Forderungen nach weiteren Maßnahmen zur „Standort- bzw. Beschäftigungssicherung“ wurden in dieser Rubrik unter anderem auch sehr praxisorientierte Empfehlungen genannt: Von der „Verlängerung der Kurzarbeit“, über die Forderung nach weiteren „Konjunkturprogrammen“ und höheren „öffentlichen Investitionen“ bis hin zu Empfehlungen, monetäre Fördergelder verstärkt an Zusagen über Arbeitsplatzgarantien zu knüpfen, waren hier die bestimmenden Vorschläge.

12,0 Prozent der Angaben bezogen sich in direkter oder indirekter Form auf den eigentlichen Verursacher der aktuellen Krise („Regulierung/Beschränkung des Finanzsektors usw.“): Hier dominierten vor allem Forderungen nach einer stärkeren Regulierung des Finanzsektors und nach einer Haftbarmachung der Krisenverursacher.

Erstaunlicherweise bezogen sich die weiteren Handlungsempfehlungen der Betriebsräte nicht mehr unmittelbar auf die Krise. Vielmehr wurde die Erosion der sozialversicherungspflichtigen und existenzsichernden Vollzeitbeschäftigung in den letzten Jahren kritisiert: Zentral waren hier Forderungen nach „Löhnerhöhungen, Kaufkraftstärkung und Steuergerechtigkeit“ (11,3 Prozent), nach der „Verhinderung prekärer Beschäftigung“ (10,6 Prozent) und der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes (9,9 Prozent).

8,5 Prozent der Handlungsempfehlungen bezogen sich auf verbesserte „Förderbedingungen für klein- und mittelständische Unternehmen, die Stärkung regionaler Betriebe und die Verbesserung der standortbezogenen Rahmenbedingungen“. Bestimmende Themen waren zudem die „Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen; Sicherung der Sozialversicherungssysteme“ (4,2 Prozent) und die „Förderung von Bildung und Weiterbildung“ (2,8 Prozent). Die weiteren Handlungsempfehlungen sind der Abbildung 51 zu entnehmen.

## 5. Zusammenfassung und Fazit

Die Studie der Arbeitnehmerkammer Bremen zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise hatte sich neben der Aufnahme der wirtschaftlichen Situation der befragten Unternehmen und unmittelbarer Krisenfolgen das Ziel gesetzt, auch den konkreten Beratungsbedarf der Betriebsräte und die politischen Handlungsempfehlungen der Arbeitnehmersvertretungen zu erheben. Im Folgenden werden Auszüge der wichtigsten Befragungsergebnisse kurz zusammengefasst.

### 5.1 Geschäftslage

Die leichte konjunkturelle Erholung der deutschen Wirtschaft in den letzten Monaten zeigt sich auch in den Ergebnissen der Kammerbefragung: Fast 12 Prozent der Betriebsräte konnten im Februar 2010 – im Vergleich zum Vorjahreszeitraum – bereits wieder eine „Verbesserung der wirtschaftlichen Lage“ ihrer Unternehmen feststellen. Über die Hälfte (54,4 Prozent) der Betriebsräte stellte weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung der Geschäftslage fest. Für ein Drittel der Unternehmen trübte sich allerdings die Geschäftslage im Vorjahresvergleich weiter ein. Aktuell bezeichnen den Befragungsergebnissen zufolge rund 24 Prozent der Betriebsräte die wirtschaftliche Lage ihres Betriebes als „gut“, rund 50 Prozent bewerten sie zumindest als „befriedigend“. Allerdings bezeichnen auch 25 Prozent der Betriebsräte die Lage als „schlecht“. Dennoch lassen sich auch aus den Befragungsergebnissen der Kammer – bei aller gebotenen Vorsicht – erste Anzeichen für eine leichte konjunkturelle Erholung ableiten. Es gibt deutliche Anhaltspunkte, dass für einen großen Teil der befragten Unternehmen die Talsohle der Krisenentwicklung bereits durchschritten sein könnte: Fast 76 Prozent der Betriebsräte vermuten, dass sich die wirtschaftliche Lage ihres Betriebes zumindest nicht weiter „verschlechtern“ (65,3 Prozent) wird oder erwarten sogar eine „günstigere Entwicklung“ (10,9 Prozent) in den kommenden 12 Monaten. Anlass zur Entwarnung kann hingegen leider dennoch nicht gegeben werden: 23,1 Prozent der Betriebsräte gehen von einer weiteren Eintrübung der Geschäftslage aus.

### 5.2 Beschäftigungsentwicklung

Der deutsche Arbeitsmarkt erweist sich erfreulicherweise in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise, anders als vielfach prognostiziert, als erstaunlich robust. Dieser Trend lässt sich – mit deutlichen Einschränkungen – auch in den befragten Bremer Betrieben beobachten. Insgesamt bleibt nach Experteneinschätzung die Lage für die Arbeitnehmer allerdings angespannt:

Die befragten Bremer Betriebe sind insgesamt relativ stark von der Krise betroffen. Dies zeigt sich auch anhand der Beschäftigungsentwicklung in den vergangenen 12 Monaten: 34,7 Prozent der Betriebsräte konstatierten für ihre Betriebe eine „Abnahme“ der Beschäftigtenzahlen, 42,9 Prozent sahen „keine wesentliche Veränderung“ im Vorjahresvergleich. In 17,7 Prozent der Betriebe nahm der Umfang der Beschäftigung sogar zu.

Die Beschäftigungssituation in den befragten Bremer Betrieben bleibt nach den Ergebnissen der Arbeitnehmerkammer insgesamt angespannt: Zwar gehen über die Hälfte der Betriebsräte (55,1 Prozent) von einem „gleichbleibenden Beschäftigungsumfang“ in ihren Betrieben aus und 12,9 Prozent sogar von einer „Zunahme“ – leider befürchten aber auch rund 28 Prozent der Betriebsräte einen Beschäftigungsabbau noch in diesem Jahr.

### 5.3 Leiharbeit

Leiharbeiter werden nach Angaben der Betriebsräte von den Unternehmen im immer größerem Umfang als feste reguläre Planungsgröße angesehen und in den Arbeitsplanungen der Personalabteilungen als dauerhafte, kostengünstigere und schnell kündbare Quasi-Stammebelegschaft fest eingepflegt. Von den 73 Unternehmen, in denen sich Leiharbeitnehmer im Einsatz befinden, verfügen rund 19 Prozent über eine unternehmenseigene Leiharbeitsfirma. In rund 33 Prozent der betroffenen Unternehmen werden nach Angaben der Betriebsräte Leiharbeitnehmer als regulärer Ersatz für die Stammebelegschaft eingesetzt.

Der Einsatz der Leiharbeit hat in den befragten Unternehmen darüber hinaus oftmals auch einen negativen Einfluss auf die Stammebelegschaft: 24,7 Prozent der Betriebsräte geben an, dass in ihrem Betrieben durch den Einsatz der Leiharbeit insgesamt „Druck auf die Löhne“ ausgeübt wird, in 42 Prozent der Fälle erhöhte sich die „geforderte Arbeitsflexibilität“, in 38,4 Prozent der Betriebe führte der Einsatz zu einem „Abbau der Stammebelegschaft“ und in rund 23,2 Prozent der Fälle hatte der Einsatz der Leiharbeitnehmer sogar einen „Abbau von Arbeitnehmerrechten“ zur Folge.

### 5.4 Kurzarbeit

Die Kurzarbeit spielt aktuell in den befragten Unternehmen nur noch eine untergeordnete Rolle: Lediglich in 25 von 147 befragten Betrieben wird aktuell kurzgearbeitet. Allerdings befürchten 11 von diesen 25 Betrieben nach Auslaufen der Kurzarbeit einen Beschäftigungsabbau. Nur 8 Unternehmen nutzen die Kurzarbeit zur weiteren Qualifizierung der Beschäftigten.

### 5.5 Maßnahmen zur Krisenintervention

Die Hoffnung, dass Unternehmen in der aktuellen Krise überwiegend zunächst Instrumente der Beschäftigungssicherung einsetzen, bevor sie zu Entlassungen greifen, kann nach den vorliegenden Ergebnissen der Studie – zumindest im Bezug auf die befragten Unternehmen – nur zum Teil bestätigt werden: Die Kurzarbeit stellt mit Sicherheit das in der Öffentlichkeit und in den Medien am stärksten wahrgenommene „Kriseninterventionsinstrument“ in der aktuellen Wirtschaft- und Finanzkrise dar. In den Bremer Betrieben konzentrierten sich Kriseninterventionsmaßnahmen aber auch häufig auf die direkte oder indirekte Reduzierung des Personalbestandes, auf Maßnahmen zur Arbeitsflexibilisierung und auf die Realisierung von Einsparpotenzialen. Die Betriebe kamen also oftmals um Entlassungen nicht herum.

Die in den meisten Betrieben umgesetzte Maßnahme war – noch mit deutlichem Abstand vor der Kurzarbeit (18,4 Prozent) – die „Nicht-Verlängerung von befristeten Arbeitsverhältnissen“. In rund einem Viertel der befragten Unternehmen wurde dieser Weg beschritten. An zweiter und dritter Stelle folgen mit rund 24 Prozent die „Nicht-Besetzung von Stellen“ sowie mit 22 Prozent die „betriebliche Um- bzw. Versetzung“. Erst an vierter Stelle wird die Arbeitszeitverkürzung beziehungsweise der Abbau von Arbeitszeitkonten angeführt (19 Prozent). Auch über die „Ausweitung der betrieblichen Arbeitszeit“ (8,2 Prozent) und die „Neuregelung der Urlaubsnahme“ (6,8 Prozent) erfolgte eine Anpassung der Arbeitsstunden an das veränderte Auftragsvolumen. 18,4 Prozent der befragten Unternehmen konnten einen Beschäftigungsabbau nicht verhindern und reagierten mit dem „Abbau der Stammebelegschaft durch betriebsbedingte Kündigungen“. 17 Prozent der Unternehmen versuchten durch „Abfindungszahlungen im Falle freiwilliger Kündi-

gung“, den Personalbestand den verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. In rund 12 Prozent der Fälle wurden „betriebliche Transfergesellschaften“ gegründet.

In 10,9 Prozent der befragten Betriebe wurden die „Löhne und Gehälter“ gekürzt, in 10,2 Prozent „betriebliche Sozialleistungen“ und in 9,5 Prozent „Fort- und Weiterbildungen“.

Inwiefern die umgesetzten Maßnahmen in den Unternehmen tatsächlich allein der Krise geschuldet sind, sondern Teil einer Personalkostenstrategie, kann anhand der Befragungsergebnisse nicht abschließend bewertet werden.

## **5.6 Betriebsratsarbeit in der Wirtschafts- und Finanzkrise**

Notwendige Voraussetzung für eine effektive Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist der Zugang der Betriebsräte zu allen relevanten betriebsbezogenen Informationen. Das Informationsverhalten der Arbeitgeber gegenüber den Betriebsräten in den befragten Unternehmen lässt sich aufgrund der Befragungsergebnisse durchaus kritisch bewerten: Insgesamt bezeichnen 36,1 Prozent der Betriebsräte das Informationsverhalten ihres Arbeitgebers als „schlecht“. 40,1 Prozent bewerteten dieses zumindest als „ausreichend“. Nur 22,4 Prozent fühlen sich hingegen „gut“ informiert.

33,3 Prozent der Betriebsräte bewerten die „Beachtung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte“ durch den Arbeitgeber als „schlecht“. 18,4 Prozent der Betriebsräte bezeichnen die „Umsetzung und Einhaltung von Betriebsvereinbarungen“ durch den Arbeitgeber als „schlecht“.

Die angespannte wirtschaftliche Situation ließ den Kammerausschuss bei der Erarbeitung des Fragebogens vermuten, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretungen aufgrund der Krise in den letzten 12 Monaten deutlich verschlechtert haben könnte. Diese Vermutung fand in den Ergebnissen weitgehend keine Bestätigung: Der überwiegende Teil der Betriebsräte von 75 Prozent sah – ob vorher die Zusammenarbeit als „gut“ oder auch „schlecht“ zu bewerten war – keine Veränderung in der Qualität der Zusammenarbeit. Für 7 Prozent der Betriebsräte verbesserte sich sogar die Situation. Allerdings gaben auch 16 Prozent der Betriebsräte an, dass sich die Zusammenarbeit in den letzten 12 Monaten verschlechtert habe.

## **5.7 Aktuelle Problemlagen, Beratungsbedarf und Handlungsempfehlungen der Betriebsräte**

Die Themen und Problemlagen, mit denen sich die Betriebsräte in den letzten 12 Monaten am häufigsten konfrontiert sahen, werden eindeutig von den unmittelbaren Krisenfolgen bestimmt: Themen rund um die „Arbeitszeit und -flexibilisierung“ (16,2 Prozent), den „Personalbestand“ (15,1 Prozent), „Lohn- und Gehaltsfragen“ (11,1 Prozent) sowie um die „Kurzarbeit“ (6,2 Prozent) und „Unternehmensumstrukturierungen“ (5,7 Prozent) sind bestimmend.

Während es in einigen Unternehmen vornehmlich um den „Abbau von Arbeitskonten“, um die „Unterauslastung“ der Betriebe und den „Abbau von Überstunden“ ging, zeigt sich in anderen Unternehmen eine zunehmende Arbeitsverdichtung pro Arbeitnehmer, deutliche Mehrarbeit und eine zunehmende Arbeitsüberlastung. Deutlich zeichnet sich auch in den Befragungsergebnissen der Kammer die Gefahr einer „zweiten Runde der Krise“ ab, die vornehmlich aus negativen Folgen für die Arbeitnehmer bestehen könnte: Die Unternehmen beginnen allem Anschein nach, trotz wieder kräftig steigender Auftragseingänge, ihre aktuelle „Kostensituation“ vor allem durch eine Anpassung der Personalkosten zu verbessern: In Zukunft droht damit für die Arbeitnehmer,

dass steigende Auftragseingänge stärker durch Fremdvergabe, eine höhere Arbeitsverdichtung und weniger Festangestellte abgefangen werden könnten.

Entsprechend lauten auch die Forderungen und Handlungsempfehlungen der Betriebsräte: Neben Forderungen nach einer „Verlängerung der Kurzarbeit“, weiteren „Konjunkturprogrammen“ sowie höheren „öffentlichen Investitionen“ bezieht sich ein Großteil der Handlungsempfehlungen auf die Erosion der sozialversicherungspflichtigen und existenzsichernden Vollzeitbeschäftigung in den letzten Jahren: Zentral waren Forderungen nach „Lohnerhöhungen, Kaufkraftstärkung und Steuergerechtigkeit“ (11,3 Prozent), die „Verhinderung prekärer Beschäftigung“ (10,6 Prozent) und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes (9,9 Prozent).

8,5 Prozent der Betriebsräte halten zudem verbesserte Förder- und Rahmenbedingungen für klein- und mittelständische Unternehmen für notwendig.

## **5.8 Schlusswort**

Die Studienergebnisse zeigen beeindruckend, mit welcher Fülle unterschiedlicher Themen und Problemlagen die Betriebsräte in ihrer täglichen Arbeit konfrontiert sind. Nicht nur Lohnfragen oder die Vertretung von Arbeitnehmerrechten stehen hoch in der Agenda: Die Betriebsräte befassen sich ebenso zu einem nicht unerheblichen Teil mit der konkreten betriebswirtschaftlichen Situation des Unternehmens und leisten die Vertretungsarbeit in Kenntnis der unternehmerischen Gesamtsituation. Einmal mehr zeigt sich, dass es sinnvoll ist, sich neben Einschätzungen der Geschäftsführungen das betriebsnahe Wissen der Betriebsräte als zweite wichtige Grundlage für wirtschafts- und arbeitspolitische Entscheidungen zunutze zu machen: Das Land Bremen und die regionalen Unternehmen sind auf gut qualifizierte, hoch motivierte und zufriedene Arbeitnehmer angewiesen. Dazu ist es notwendig, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen als eine notwendige Leitplanke für politische Entscheidungen zu verstehen. Die Arbeitskammer Bremen wird auch in Zukunft in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften hierzu ihren Beitrag leisten. Die Betriebsrätebefragung der Arbeitskammer Bremen ist daher als ein Instrument der Dauerbeobachtung angelegt. Ziel der in Zukunft jährlich stattfindenden Befragung der Kammer ist langfristig die kontinuierliche Bewertung der Wirtschaftslage aus Sicht der Arbeitnehmervertreter: Im Zentrum sollen neben der Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Konjunkturentwicklung speziell die Aufnahme der konkreten Arbeitsumstände der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Identifizierung von aktuellen Problemlagen der Beschäftigten im Land Bremen stehen.

## Methodische Hinweise

Die Arbeitnehmerkammer Bremen hat auf Initiative ihres Ausschusses „Wirtschaft, Arbeit und Soziales“ im Februar 2010 die vorliegende Betriebsrätebefragung durchgeführt: Neben der Einschätzung der aktuellen Geschäftslage und ihrer vermuteten Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten wurden – vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise – auch die konkreten betrieblichen Maßnahmen zur „Krisenbewältigung“ in den regionalen Betrieben erfasst. Im Mittelpunkt der Befragung standen zudem die Erhebung aktueller Beratungsbedarfe der Betriebsräte sowie die Aufnahme politischer Handlungsempfehlungen aus Sicht der Arbeitnehmervertretungen.

Die Betriebsrätebefragung der Arbeitnehmerkammer Bremen ist als ein Instrument der Dauerbeobachtung angelegt. Ziel der in Zukunft jährlich stattfindenden Befragung der Kammer ist langfristig die kontinuierliche Bewertung der Wirtschaftslage und der Situation der Beschäftigten in den Betrieben aus Sicht der Arbeitnehmervertreter.

## Befragungsumfang

Die Befragung war als Vollerhebung aller Bremer Betriebsräte angelegt. Auf Basis der aktuellen Betriebsrätedatei der Arbeitnehmerkammer Bremen wurden 655 Betriebsräte in Bremen und Bremerhaven angeschrieben und um die schriftliche Beantwortung des beigelegten Fragebogens gebeten.

## Befragungsrücklauf

Grundlage für die Auswertungen der Betriebsrätebefragung ist der Rücklauf von 147 gültigen Fragebögen. Die Rücklaufquote beträgt rund 23 Prozent.

## Befragungszeit

Die Befragung startete am 5. Februar 2010 und endete am 22. Februar 2010. Der vorliegende Report wurde im März 2010 abgeschlossen.

## Branchenzugehörigkeit der befragten Betriebsräte

Wirtschaftsabschnitte	Branchenstruktur der befragten Unternehmen		Anzahl der erfassten Beschäftigten nach Branchen	
	absolute Häufigkeiten	in Prozent	absolute Häufigkeiten	in Prozent
<b>Ingesamt</b>	<b>147</b>	<b>100,0</b>	<b>39.484</b>	<b>100,0</b>
verarbeitendes Gewerbe	41	27,9	10.065	25,5
Baugewerbe	8	5,4	826	2,1
Handel	20	13,6	2.442	6,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	22	15,0	9.294	23,5
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	11	7,5	1.521	3,9
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen	15	10,2	1.890	4,8
Sonstiges	30	20,4	13.446	34,1

### Betriebsgrößenklassen der befragten Betriebe

